



Nr. 541. Morgen-Ausgabe.

Vierundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 19. November 1873.

Galizien und der neue Reichsrath.

(Von einem deutschen Demokraten in Österreich.)

Die Stellung Galiziens zu Österreich und speziell zu dem eben aus direkten Wahlen hervorgegangenen Reichsrath und die österreichische Regierungspolitik in Galizien erfordern billiger Weise ein besonderes Capitel; denn in demselben finden wir den Schlüssel zu manchen befremdlichen Wendungen und Wandlungen des Verfassungsministeriums Auersperg.

Es ist — das wird selbst hier bereitwillig zugegeben — mindestens auffallend, daß die gegenwärtige Regierung, welche sich doch im vollsten Gegensatz zu der Ausgleichspolitik Hohenworts und zu den staatsrechtlichen Präventionen der tschechischen Declaranten befindet, dem Polen Galiziens gegenüber Nachsicht und Entgegenkommen über zu müssen glaubte. Wenn man auch annehmen wollte, daß diese milde polenfreundliche Politik des gegenwärtigen Cabinets vielleicht in dem Umstande ihre Erklärung findet, daß die Polen niemals so ganz Ernst gemacht haben mit ihrer Abstinenzpolitik, sondern, daß sie immer die ersten waren, welche wieder der Regierung die Hand boten, so läge hierin doch durchaus kein hinreichendes Motiv für die polenfreundliche Haltung des Ministeriums, welche sich bis zur Ernennung eines Ministers, wenn auch nicht offiziell, so doch offiziell, „für Galizien“ versteig.

Sollte vielleicht eine gewisse Pietät für den durch die Theilungen untergegangenen Staat Polen maßgebend gewesen sein? Gewiß nicht; denn die Sentimentalität hat keinen Platz in der Politik, am allerwenigsten in der österreichischen, die ja sogar, wie zur Zeit des Scandalprozesses Karmelin behauptet wurde, unmoralisch sein darf, wenn dies die „höheren Interessen“ fordern. Es will uns weit mehr bedenken, als sei die galizische Politik der österreichischen Regierung ein Stück dieser „Unmoral“. Doch ist schwer zu sagen, welches die „höheren Interessen“ sein mögen, um deren willen sie geübt wird.

Zunächst galt die Rücksicht schon den früheren Regierungen (Potocki, Hohenwart), dem in der Resolution des Lemberger Landtages vom 24. September 1868 verkörperten sogenannten galizischen Staatsrechte. Gegenwärtigen wir uns noch einmal kurz den Inhalt derselben: Der galizische Landtag soll den Modus der Reichsrathswahlen bestimmen. Die Reichsratsabgeordneten aus Galizien sollen nur dann an den Berathungen des Parlaments teilnehmen, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, welche „das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogthum Krakau“ mit den anderen im Reichsrath vertretenen Theilen der Monarchie gemein hat. Dem Wirkungskreise des Reichsrathes sind zu entziehen: Die Einrichtung der Handelskammern und Handelsorgane, die Gesetzgebung über die Credit- und Versicherungsanstalten, Banken und Sparkassen mit Ausschluß der Zettelbanken (ahal), über das Heimathrecht, das gesamte Unterrichtswesen (damit recht polonisiert und vereinfacht werden könnte), die Strafjustiz, Polizei-, Civil- und Berggesetzgebung, die Organisation des Gerichts- und Verwaltungsbehörden; die Gesetze bezüglich Durchführung der Verfassung und der richterlichen, Regierungs- und Vollzugsgewalt; die Gesetzgebung über die Pflichten und Verhältnisse Galiziens zu den andern Ländern der Monarchie, die Gemeindegesetzgebung selbst mit Beschränkung des Rechtes der Auswanderung. Die Resolution fordert ferner: eine zur Verfügung des Landtages zu stellende und der Kontrolle des Reichsrathes zu entziehende Jahresquote aus dem Staatschaz, um die Kosten der Verwaltung, des Gerichtswesens, der öffentlichen Sicherheit und Landeskultur zu decken, die Einverleibung des Cameralgutes in das Eigenthum des Landes, die Bestimmung des galizischen Landtages über die Machwerke Galiziens; endlich einen eigenen obersten Gerichts- und Cassationshof; eine in Sachen der inneren Verwaltung, der Justiz, des Unterrichts, der öffentlichen Sicherheit, der Landeskultur dem Landtage verantwortliche Landesverwaltung und einen galizischen Landesminister.

Was wollten die Polen des Lemberger Landtages mit dieser Resolution, welche so ziemlich eine völlige Sonderstellung Galiziens auf Kosten Österreichs beansprucht?

Eine Loslösung von Österreich hatten sie sicher nicht im Sinne, denn alle die „Edlen“ mit den unaussprechlichen Namen wissen sehr genau, daß sie selbst beim höchsten Willen des Kaiserstaates nicht entheben könnten. Auch sind sie weit bessere Römlinge, als polnische Patrioten und haben daher bei ihrer Politik stets den Blick auf den Vatican gerichtet. In den Landestheilen, welche das jetzige Königreich Galizien bilden, ist seit drei Jahrhunderten das National-Polnische mit dem Interesse der Jesuiten Hand in Hand gegangen. Letztere sind es gewesen, welche mit allen Mitteln darauf hinarbeiteten, das ruthenische Volk auszulöschen, obgleich schon vor Jahrhunderten das sogenannte „russische Königreich“ existierte und offiziell anerkannt wurde, obgleich auch noch später König Sigmund III. von Polen gegen Ende des 16. Jahrhunderts den „ruthenischen Wojwodschaften“ ein besonderes Tribunal mit ruthenischer Amtssprache zugestand, und obgleich die vornehmsten Adelsfamilien des Landes, die Czartoryski, Sanguszko, Ostrowski, Radziwiłł, Wiśniowiecki u. c. erst auf Andringen der Jesuiten sich dazu entschlossen, ihre ruthenische Abkunft zu verleugnen. Der jesuitische Hofprediger Skarga gab damals die Lösung aus: Vernichtung des orthodoxen Kirchenthums der Ruthenen, um die nationale Eigenthümlichkeit dieses Volkes mit der Wurzel auszurotten. Die Ruthenen wurden derartig von der katholischen Geistlichkeit und der polnischen Aristokratie drangsaliert, daß ihnen selbst König Wladislav IV. den Rath gab, sie möchten mit dem Schwerte ihre Rechte zurückerobern; er könne ihnen nicht helfen, das Kirchenthum der Ruthenen wurde wirklich vernichtet, nicht aber ihre Nationalität — und seitdem waren die Ruthenen vergessen, bis sie unter Maria Theresia von Neuem als „unbekannter Volksstamm“ entdeckt wurden. In der Mitte dieses Jahrhunderts erwachte das alte Nationalgefühl wieder; und zwar begingen die Ruthenen in den Augen der Polen das „Verbrechen“, daß sie sich an der deutschen Bildung wieder empor zu richten anfangen und überhaupt auf dem Wege der geistigen Cultur ihre Wiederbelebung betrieben. Im Jahre 1870 stellte das ruthenische Volk zu den Hören der Lemberger Universität 41 pCt. — gewiß ein starker Beweis mutigen Strebens!

Da haben wir schon einen Schlüssel zu der Resolution des galizischen Landtages. Es hatte sich angesichts der geistigen Bestrebungen des ruthenischen Volkes der polnischen Aristokratie die Furcht bemächtigt, sie möchte eines Tages aus der bisher geübten Alleinherrschaft verdrängt, der Jahrhunderte aufrecht erhaltenen Humbug von Galizien sei eine Domäne des Polenthums, möchte entlarvt und gleichzeitig der

Einsatz der römischen Clerke vernichtet werden. Polenthum und Romanismus standen auf dem Spiele, daher wurde die alte Lösung: „Polonisierung Galiziens“ von Neuem ausgegeben, und die besprochene Resolution war die äußere Form derselben. Befand sich erst die Schule, die gesamte Verwaltung und die Rechtspflege in den Händen der polnischen Aristokratie, dann hätten die Ruthenen keine Aussicht mehr gehabt, ohne Waffengewalt sich geltend zu machen.

Doch es gibt — abgesehen von den verhaften Deutschen und Juden — noch ein Element in der galizischen Bevölkerung, welches immer totgeschwiegen wurde und sich erst in neuester Zeit bemerklich macht: das sind die gemeinhin als polnische Bauern bezeichneten Stämme der Masuren, Krakowiaks und Gorale, welche mit dem sogenannten polnischen Adel im Ganzen sehr wenig gemein haben und sich auch durchaus gar nicht für die „Ideale“ der Aristokratie und der neu-polnischen Bürgerschaft interessieren. Wer stand also hinter der Resolution, wer pochte auf ein angebliches „galizisches Staatsrecht“, das auf erschwindelten Voraussetzungen beruht? Eine Elfe von einzelnen Familien, welche sich wie zu der alten Zeiten in die Herrschaft des Landes theilen und an seinem Fette mästen wollen — und das Alles auf Kosten der deutschen Steuerträger! Daß das Ministerium Potocki und das nachfolgende Ministerium Hohenwart entschlossen waren, den polnischen Forderungen Rechnung zu tragen, darf nicht wundern. Für diese Herren war ja die galizische Aristokratie die beste und geflügelte Bundesgenossin. Wie ist es aber zu erklären, daß selbst das Cabinet Auersperg lange Zeit sich mit dem Gedanken tragen konnte, wenigstens einen Theil der in der Resolution niedergelegten Forderungen zu bewilligen? Was sollte, nachdem dieser Versuch im Reichsrath mißglückt war, und nachdem bereits die Wahlreform, also der denkbaren entschiedenste Bruch mit der Ausgleichspolitik überhaupt auf der Tagesordnung stand, die Berufung des Dr. Ziemiałkowski in's Ministerium bedeuten? Der gute Mann ist vollständig überflüssig darin, noch mehr: er erweckt nur das Misstrauen der deutschen Verfassungspartei und hat doch auch wieder nicht die Mission, ein Minister für Galizien zu sein. Einen Zweck hat die Berufung Ziemiałkowskis jedenfalls gehabt: eine Begünstigung des polnisch-clericalen Elementes bei der Wahlreform! Ein Land, dessen Grundbesitz sich wahrlich nicht mit dem der übrigen Provinzen und besonders Böhmen messen könnte, erhielt 20 Abgeordnete (Böhmen 23) aus dieser Curie zugestanden! Natürlich konnte man von vornherein annehmen, daß diese 20 Männer mehr oder weniger der jesuitischen Standarte folgen und einen guten Kern für die bei Hofe so heiß ersehnte „katholische Partei“ im Reichsrath stellen würden. Die sehr bedeutende Landbevölkerung mußte sich mit 27 Deputirten begnügen — natürlich nur deshalb, um die ruthenische und schwierige volkische Bauernbevölkerung möglichst von der Mitregierung des Reiches auszuschließen.

Der Terrorismus aber erreichte erst während der Wahlen seinen Gipfel. Keine Schlechtigkeit, die nicht angewendet wurde, um Ruthenen und Juden von der Wahl auszuschließen, zu beeinflussen, zu zwingen, oder polnische Minoritäten in Majoritäten zu verwandeln. Das ganze galizische Beamten-, Gendarmerie- und Pfaffenheer wurde aufgeboten, um durch Drohungen mit zeitlichen und ewigen Strafen, durch Fälschungen und Anwendung brutaler Gewalt polenfreundliche d. h. verfassungsfreudliche Resultate zu erzielen. Die Aufzählung aller einzelnen in die größere Dettenslichkeit gedrungenen Fälle der offensiven Gewalt würde schon einen stattlichen Band füllen; und doch ist die größte Zahl dieser Brutalitäten nicht bekannt geworden. Unter einem Ministerium Potocki oder Hohenwart wäre dergleichen ganz selbstverständlich gewesen; denn das System dieser Herren, die in der Hofburg noch immer hochangesehen sind als heimliche, verbottene Liebhaber der alten dynastischen Traditionen, hieß: Gemaltheit! In Galizien regiert dieses System noch immer in der Person des Grafen Goluchowski; ja es würde auch unter einem anderen Statthalter weiter regieren, denn der gesamte galizische Beamtenkörper besteht aus jesuitischen Absolutisten und Föderalisten, aus glühenden Gegnern der Verfassung, des Fortschrittes und namentlich der deutschen Cultur. In dem unglücklichen verwahrlosten Kronlande herrscht dieselbe Pascha-Wirthschaft, wie in den türkischen Provinzen und die Unterdrückten heißen Ruthenen, Juden und Deutsche. An den brutalen Militärbehörden des Landes, welche sich durch den Karmelinschen Bestechungsprozeß einen unvergänglichen Schandfleck aufgeheftet haben, findet die politische Civilgewalt ebenso gutwillige Bundesgenossen, als an der verpuschten Clerke.

Wir fragen aber: Ist es in einem einzigen Staate Europas auch nur denkbar, daß die Verwaltung einer großen Provinz ungesteuert gegen die bestehende Verfassung agitiren und die Freunde und Vertheidiger derselben ungestraft in Ausübung ihrer Rechte beschränken und verfolgen darf? Würde man nicht überall anderswo eine Regierung, welche einem solchen Treiben viele Monate hindurch mit verschrankten Armen zuschaut, während sie in den anderen Theilen des Staates annähernd correct vorgeht, entweder der charakterlosen Schwäche oder des offenen Vertrahs beschuldigen? Immer und immer wieder müssen wir die alte traurige Klage aufwerfen: Wer regiert in Österreich?

Zwar hat es der Reichsrath unternommen, besonders die galizischen Wahlen gewissenhaft zu prüfen; und der Statthalter selbst sah sich veranlaßt, in dem einen Wahlbezirke die Wahl des polnischen Kandidaten zu Gunsten des jüdischen (Dr. Mies) zu cassiren: aber kann diese nachträgliche Remedur der unterdrückten Bevölkerung eine genügende Satisfaction gewähren? Diese kann sich doch nur auf die großen Verfehlungen gegen die Form beziehen. Alles, was vor dem Wahlact geschehen ist, entzieht sich der Revision; ganz abgesehen davon, daß ein gut organisiertes Einschüchterungssystem die meisten Klagen erstickt.

Trotz aller aufgewandten Bemühungen aber legten die Ruthenen von Ostgalizien in Verbindung mit den mährischen Bauern 17 verfassungstreue Abgeordnete neben 2 Polen von der sehr zweifelhaften Couleur Ziemiałkowski und 9 Föderalisten durch. In den Städten wurde den Verfassungstreuen, namentlich durch die deutsche und jüdische Bevölkerung vertreten, die Majorität durch den oben geschilderten Terrorismus entrissen, so daß neben 10 Vollblutpolen nur 2 Juden und der „Landsmannschafter“ Dr. Ziemiałkowski gewählt wurden. Was die Lemberger Wahl des Letzteren wert ist, beweist hinglücklich der Umstand, daß neben ihm der ausgesprochene Föderalist Smolka aus der Urne hervorging! Die Landgemeindewahlen haben

choski, Grocholski, Sanguszko, Czerkawski und Genossen nichts wissen, sondern treu für die Verfassung und die Reichsfreiheit einstehen will. Dieser Erfolg war nur auf dem Wege der directen Wahlen möglich.

Die gewisse heimliche Hochschanzenregierung hat dadurch in ihren „frömmern“ Lieblingen, den Polen, trotz alles Sträubens eine Niederlage erlitten, welche nicht laut genug verkündigt werden kann. Was wird nun aber aus der Resolution, dem „galizischen Staatsrecht“ werden? das Schicksal derselben hat sich bereits erfüllt. Die Polen haben es schon selbst preisgegeben, weil sie die Unmöglichkeit der Durchführung derselben zum Theil einsahen. Das Gefühl ihrer Ohnmacht trieb sie dazu, sich lieber jener Strömung zur Verfügung zu stellen, welche auf Bildung einer „katholischen Verfassungspartei“ geht und von welcher Streimayr mehr als einmal — wir nehmen zu seiner Ehre an, wider Willen — ergriffen worden ist. Die polnischen Abgeordneten haben den Beruf, die clerikale politische Garde der Camarilla zu bilden und als fliegendes Corps die Verbindung mit jenen deutschen Katholisch-Conservativen aus Österreich, Steiermark, Tirol u. zu vermitteln, welche unter ihrem Hauptmann Hohenwart im Reichsrath den Magnet für alle nichtliberalen Elemente bilden werden.

Die Resolution ist also jedenfalls tot. Wird nun aber auch die Regierung nachdem sie sich von der Bedeutung der ruthenischen Nation überzeugt hat, dafür sorgen, daß der Lemberger Landtag die Resolution in aller Form begrüßt? Wird sie finden, daß den Ruthenen endlich ihr Recht werden muß, daß sie Anspruch haben auf die Mitregierung des Landes, und daß es unmöglich ist, ein Land der Polonisierung zu überantworten, welches der Majorität seiner Bevölkerung nach nicht-polnisch ist und welche seit Jahrhunderten trotz aller möglichen Verdrückungen sich der Entnationalisierung erwehrt hat? Oder wird mit echt österreichischer Indolenz über diese Thatsachen auch ferner hinweg gegangen werden? Führwahr! diese galizische Frage bildet so recht den Probierstein für den politischen Anstand des gegenwärtigen Ministeriums. Dr. Ziemiałkowski wird bald genug — denn die Einberufung der Landtage steht vor der Thür — zu zeigen haben, was er im Ministerium zu thun hat. Der Reichsrath hat vor der Hand freilich den Börsenspielern durch die Lassalle'sche Staatshilfe von 100 Millionen aufzuhelfen, kann sich also nicht um die Ruthenen da hinten in Ostgalizien kümmern, auch nicht um die Juden, deren Vetter in Wien sonst so mächtig sind.

Breslau, 18. November.

Die Ultramontanen beeilen sich, ihr Programm: „Wahrheit, Recht und Freiheit“ zu verwirklichen. Wer hätte wohl je gedacht, daß der ehemalige hannoverische Minister Windthorst, sonst ein Verfechter aller reactionären Maßregeln, den demokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen directen Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus stellen würde. Freilich Fürst Bismarck hat es auch gethan, warum sollte also Excellenz Windthorst nicht nachfolgen? Das Motiv liegt ja klar am Tage. Den größten Anhang haben die Ultramontanen in den niederen Volksklassen, weil sie auf diese, die im Allgemeinen nicht an einem Überfluß von Bildung leiden, den meisten Einfluß haben. Folgerichtig glauben sie auch durch die allgemeinen directen Wahlen noch mehrere Wahlfälle zu erringen, als es ihnen jetzt bei dem Drei-Klassen-System gelungen ist. Wo den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, sich größerer Bildung zu erwerben als beispielsweise in Oberschlesien, werden die Ultramontanen allerdings für sich nichts erreichen; jedoch sind sie ja auch nicht unzufrieden, wenn Sozialdemokraten gewählt werden; wird doch durch diese auch die Zahl der Staats- und Reichsfeinde vermehrt. Nicht zufrieden mit dem allgemeinen directen Wahlrechten, bringen sie zugleich den Antrag auf Aufhebung der Zeitungssteuer, da die ultramontanen Blätter aus natürlichen Gründen unter derselben noch mehr leiden als die liberalen. Es hat Alles seine Ursach, es hat Alles seinen Grund. Jedoch nur immer zu mit liberalen Anträgen; wir find die Letzten, die etwas gegen sie einwenden. Als einen der liberalsten Anträge empfehlen wir den Ultramontanen noch: Vernichtung des römischen Einflusses auf die kirchliche Entwicklung in Deutschland. Wenn sie die Parole aufnehmen: „Los von Rom!“, so versprechen wir auch an ihr Programm „Wahrheit, Recht und Freiheit“ zu glauben. Bis dahin aber — die Botschaft hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

In Betreff des Herrn v. Blankenburg corrigirt sich heute die „Kreuz“; er ist nicht zweimal, sondern nur einmal zur Übernahme des landwirtschaftlichen Ministeriums aufgefordert worden; sie schreibt: „Unser Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit Herrn v. Blankenburg bedarf einer Correcrur. Die Meldung, daß während seiner bisherigen Anwesenheit ein neuer Versuch von Seiten des Staatsministeriums gemacht worden sei, ihn zum Eintritt zu bewegen, war nicht genau. Nach der ablehnenden schriftlichen Erklärung des Herrn v. Blankenburg konnte ein solcher Versuch nicht mehr erfolgen. Richtig ist nur, daß er dem Minister des Inneren Grafen v. Cullenburg einen Besuch gemacht hat, um auch noch mündlich die Gründe seiner Ablehnung zu wiederholen.“

In Österreich sind die parlamentarischen Körperschaften in voller Thätigkeit. Das Hauptaugenmerk lenkt der Sechzehndreißiger Ausschuß des Abgeordnetenhauses auf sich, welcher über die finanziellen Vorlagen der Regierung zu berathen hat. Nach eingehenden Verhandlungen hat sich der Ausschuß bisher für das Principe der Staatshilfe, für die Errichtung von Vorrichtungen und für die Aufnahme einer Silberanleihe, respective für Ausgabe von Rententiteln entschieden. Auf Grund dieser Principe wird nun mehr der Ausschuß selbst einen Gesetzentwurf ausarbeiten.

In Ungarn steht im Vordergrunde der Ereignisse ein Schreiben, in welchem Károlyi Ghizy seinen Wählern die Gründe auseinanderstellt, die ihn zur Niederlegung seines Reichstagsmandates bewogen haben. Ein verächtlicher Verdict über die gegenwärtigen Parteispaltungen in Ungarn ist kaum jemals noch ausgesprochen worden, als es in diesem Schreiben geschieht. Dasselbe gipfelt in folgendem Passus:

„Es gab Zeiten, da wir Alle beinahe, mit wenigen Ausnahmen, es für möglich hielten, durch begeistertes Zusammensetzen und Opferwilligkeit der Bürger, unter günstigen europäischen Conjunctionen und mittelst der großen materiellen und geistigen Kraft des Landes die volle Unabhängigkeit derselben zu erkämpfen. Mittlerweile aber hat die strenge Rechtsgültigkeit der geschlossenen Staatsverträge, hat die Spaltung der Nation in Parteien, die einander gegenüberstehen und alle Thätigkeit gegenseitig lännen, haben die geänderten Verhältnisse der auswärtigen Politik, durch welche die Erhaltung der Monarchie in deren gegenwärtiger Gestalt unter den Schutz des gemeinsamen Interesses Europas gestellt worden, hat die durch die Erfahrung uns gewordene Erkenntnis des richtigen Wertes des materiellen und geistigen Capitals unserer Nation, welches ohne unverzichtliche Selbstüberhöhung mit dem anderer Nationen nicht verglichen werden kann, und hat endlich die noch betrübendere Erfahrung, daß die Opferwilligkeit für das Gemeinwohl,

die Vereitschaft, jene persönlichen und Vermögenslasten zu tragen, ohne die ein Staat nicht bestehen kann, große Zwecke aber durchaus nicht erreichbar sind, daß solche Opferwilligkeit den Staatsbürgern fehlt und namentlich denjenigen fehlt, die solche Lasten nur bei geringer Einschränkung ihrer Bequemlichkeit ohne Schwierigkeit ertragen könnten, hat — sage ich — alles dies es unmöglich gemacht, jene volle Unabhängigkeit des Landes zu erringen, die von so vielen Seiten betont wird, und die bis jetzt immer nur von Nationen, welche große materielle und geistige Kraft besitzen, und auch nur unter günstigen Umständen und mit großen Opfern erreungen werden konnte. Unerreichbare Zwecke aber ohne gehörige Inbetrachtnahme der disponiblen Mittel erzwingen wollen, das geht über die Grenzen des Begriffes vom festen Willen, der richtigerweise nur ausführbare Zwecke anstrebt, und das wäre, selbst wenn er aus dem glühendsten patriotischen Gefühle entspringt, doch nur ein Erzeugniß der Verkennt der Lage und der Überhöhung unserer Kräfte und Fähigkeiten.

Ghicy schließt mit folgenden Worten:

Bei einem solchen Stand der Dinge mußte ich einsehen, daß, wenn ich nicht meine Gewissenruhe gefährden will, ich nicht mehrtheilnehmen kann an solchen Kämpfen, welche ich wegen der inmitten der Parteizwietrührer im Gange der öffentlichen Angelegenheiten immer mehr erfolgenden Verwirrung schon jetzt als schädlich für das Vaterland, ja in Anbetracht der fürwahr schwierigen Lage unserer Finanzen, welche inmitten des Parteidrossels nicht nur nicht radical gebessert werden kann, sondern auch möglicherweise im kritischsten Momente der Unterstützung der Legislative entbehren würde, als solche betrachte, welche dem Vaterlande plötzlich gefährbringend werden können; und weil ich alleinfeindlich in dem Reichstage dem Vaterlande — wie dies das Beispiel vieler unserer Koryphäen in der Vergangenheit beweist — überhaupt keinen Dienst leisten kann, so mußte ich einsehen, daß ich nicht mehr Mitglied eines Reichstages sein könnte, indem ich mich keiner der bestehenden Parteien anzuschließen vermochte.

Ich habe demnach auf meine Stellung als Abgeordneter resigniert, ich bin in den Kreis des Privatlebens zurückgetreten.

Von den italienischen Zeitungen wird durchgehend hervorgehoben, daß die Thronrede des Königs überall den günstigsten Eindruck hervorgebracht habe. Indem Victor Emanuel darin seine Befriedigung über den seit seiner Reise nach Wien und Berlin stattgehabten Umschwung in der politischen Lage Italiens aussprach, hat er allerdings nur demjenigen Worte gelegen, was die Gemüther fast durchweg bewegt. Welch' ein Scenenwechsel bei der Wiedereröffnung des Parlaments! bemerkte mit Recht eine römische Correspondenz der „N. Z.“ In Frankreich die legitime Monarchie im Leidetum der weißen Altenfahne ohne Sang und Klang für hoffentlich lange Zeit wenn nicht für immer eingesetzt; in Italien die Hoffnungen der clericalen Partei grausam vernichtet; das „conservat. französische“ Ministerium Minghetti durch Victor Emanuel's Reise nach Wien und Berlin mit Frankreich unwiderruflich compromittirt und eben deshalb im Lande populärer geworden, als es jemals hoffen durfte seine Stellung im Innern in kaum glaublicher Weise bestätigt, und der italienischen Politik durch die entente cordiale mit Deutschland eine neue Richtung und eine Kraft gegeben, wie sie seit Cavour's Tode selbst der exaltirteste italienische Patriotismus sie nicht zu hoffen gewagt hätte! Dazu noch die diplomatische Ratification der italienischen Revolution und ihres politischen Resultats gelegentlich der neulichen Enthüllung des Cavourdokuments in Turin, und man wird sich wohl sagen müssen, daß der Himmel denjenigen, die er liebt, alle Dinge zum Besten wendet, so daß selbst die Feinde Italiens verhängnisvoll zu dessen Vortheile wirken müssten.

Die Laienbrüder der Gesellschaft Jesu haben Befehl erhalten, die Ordenstracht abzulegen. Die Ordensgeistlichen müssen den einfachen Priester-Zoller tragen und, wenn sie in Privatzimmern Unterkommen gefunden haben, wo auch Frauen verkehren, müssen sie sich einen Laienbruder zum Gesellschafter nehmen.

Besonders große Freude empfindet die „Opinione“ über ein Zugeständniß, welches der Unterrichtsminister der öffentlichen Meinung dadurch gemacht hat, daß er, bevor er den Rector der Turiner Universität ernannte, den betreffenden Lehrkörper erst um dessen Meinung fragte. Die „Opinione“ ist nun weiter der Ansicht, daß dieses billige Verfahren in allen Fällen stattfinden und vom Gesetz als Grundsatz aufgestellt werden sollte; denn es sei nicht wohl einzusehen, warum die Rectoren der Universitäten und die Decane der Facultäten vor der Regierung ernannt werden müßten, während für die Zweckmäßigkeit des Gegenteils sich viele Gründe anführen ließen. Die „Opinione“ hält überhaupt eine Reform der italienischen Universitätsgezegebung und des ganzen Universitätswesens für dringend geboten. „Unseren Universitäten“, sagt sie, „fehlt es nicht an gelehrten Männern und tüchtigen

Lehrern, aber es herrscht an ihnen eine Einönigkeit, eine Ruhe und Stille, als ob sie Gräber und nicht Sige der Wissenschaft wären, wo die entgegengesetztesten Ansichten Vertheidiger und Gegner finden, der Wetteifer der Professoren die Studenten zum Wetteifer antreiben sollte. Heute haben die Männer, welche unter die Gelehrten gezählt werden wollen, nur den einen Christus, einer akademischen Körperschaft anzugehören und sich auf einer Lehrkanzel niederlassen zu können; die einmal Angestellten wollen so rasch als möglich außerordentliche Professoren werden und die außerordentlichen Professoren Titel und Rang der ordentlichen erlangen. Die Studien unserer Professoren, die Schriften, die sie herausgeben, die Verdienste, nach denen sie trachten, haben fast nie einen anderen Beweggrund als persönliches Interesse und selten trifft man einen, der sich höhere Ziele setzt.“

„Eine Reform des höheren Unterrichtswesens, schließt die „Opinione“ ihren Artikel, wird vom Lande für nothwendig erkannt und es wäre nicht klug, dieselbe zu verzögern. Da dem vorigen Parlament bereits ein Gesetzentwurf hierüber vorgelegt wurde, so wollen wir hoffen, daß er reißlich erwogen und in seiner Hauptfache angenommen, daß die Lehrfreiheit sanctifizirt und den akademischen Körperschaften eine größere Unabhängigkeit in der Bewahrung ihrer inneren Angelegenheiten gewährt werde.“

Die Lage der Dinge in Frankreich schildert eine Pariser Correspondenz der „N. Z.“ vom 16. d. M. wie folgt: „Der Bericht Laboulaye's bildet heute das Tagesgespräch. Doch was hilft alle Mahnung und Vernunft! Die Führer der Gesamt-Rechten und besonders die des rechten Centrums, die den festen Willen haben, es zu keinen regelmäßigen Zuständen in Frankreich kommen zu lassen, haben noch Macht genug, um ihre Anhänger im entscheidenden Moment zusammenzuhalten. Sie drängen deshalb auch mit so großem Ungezüm auf die sofortige Abmilderung der Verlängerungs-Frage, da sie befürchten, daß bei reißlicher Ueberlegung ein Theil derer, welche jetzt zu ihnen halten, zu der Ansicht gelangen können, daß eine Laboulaye'sche Republik doch viel Aussicht auf größere Stetigkeit darbieten würde, als eine Mac Mahon'sche Diktatur. Stichhaltige Gründe, um Laboulaye'sche Ansichten zu bekämpfen, d. h. darzutun, daß eine regelmäßige Regierung mit Mac Mahon für fast sieben Jahre an der Spitze derselben schlechter ist, als eine Art von December-Diktatur des Marchal Illustre, sind schwer zu finden, und die Broglie'schen Blätter beschränken sich deshalb auch darauf, den Antrag der Majorität der Commission für absurd zu erklären, und damit zu drohen, daß der Marchal Mac Mahon seine Entlassung einreichen werde, falls man denselben annimme. „Die Anträge des Berichts“ — so sagt die Broglie'sche „Presse“ — „können nur durch eine Majorität der Linken vorwirkt werden. In Folge dessen wird das dem Marschall bewilligte Mandat ein ganz anderes sein, als das, welches er von der conservativen Majorität vom 24. Mai erhalten hat. Herr Laboulaye sagt uns, indem er den Marschall mit Blumen bestreut und indem ein Lächeln voll Drohungen seinen Mund umspielt: Die Verlängerung muß der Discussion der constitutionellen Gesetze untergeordnet werden; oder die Auflösung. Wir antworten ihm, indem wir der conservativen Majorität sagen: Die sofortige, endgültige, unwiderrufliche Verlängerung der Gewalten des Marschalls oder Ihr geht unfehlbar der Präsidentschaft des Herrn Thiers und des Herrn Gambetta entgegen.“ Aehnlich drückt sich auch der „Français“ aus. Was die Republikaner anbelangt so dürften dieselben wohl fast alle für den Antrag der Majorität der Commission stimmen. Die „République Française“ drückt sich zwar noch sehr zurückhaltend aus, aber da es sich um das Sein oder Nichtsein der Republik handelt, welchen die Diktatur Mac Mahon's jedenfalls den Hals brechen würde, so kann man annehmen, daß die äußerste Linke mit Laboulaye und Genossen gehen wird. Der radicale „Rappel“ spricht sübrigens bereits heute dahin aus. „XIX. Siecle“ meint, daß die philosophischen Erklärungen des Herrn Laboulaye wenig nützen würden, und daß es besser gewesen wäre, etwas energischer aufzutreten. „Bien Public“ macht dem Berichte der Commission die nämlichen Vorwürfe wie dem Antrage, welchen die Commission gestellt hat. Die Concessions, welche die Commission gewährt, erscheinen ihm gefährlich. Man erhalte bei solchen Gegnern dadurch nichts, daß man die Debatte erhebe. Diese Gegner hätten nur eine Absicht, nämlich die, die Diktatur ohne Aufschub zu erlangen, aber nicht um die Lage der Dinge zu befestigen, sondern um eine neue vorzubereiten. Dieses sei ihr Plan. „Bien Public“ billigt jedoch theilweise die Ansichten Laboulaye's, besonders in so fern es die Auflösung betrifft, wenn sich die Versammlung nicht konstituieren kann. Das „Univers“ verhöhnt den Verfasser des „Prince Caniche“

und die „Union“ fordert die wahren Royalisten auf, sich als solche bei der Discussion von morgen zu beweisen. Was die Bonapartisten anbelangt, so erklären ihre Organe, daß man gegen den Antrag der Commission, und gegen die Regierung stimmen müsse.

In wieweit sich die Lage seitdem durch die schon im heutigen Mittagblatte auf telegraphischem Wege mitgetheilte neue Botschaft des Präsidenten Mac-Mahon verändert hat, ist leicht zu ermessen. Das sich dieselbe dadurch nicht vereinfacht hat, sondern nur wieder um Vieles verwickelter geworden ist, liegt auf der Hand. Es gilt aber, die Parteien zu keiner Vereinigung untereinander kommen zu lassen und auf dem Wege der möglichsten Zerpflüsterung aller entgegengestehenden Kräfte eine „starke und dauerhafte Regierung“ zu gründen. Die neue Botschaft des Präsidenten hat dazu das Ihre gethan.

In der englischen Presse wird die „Virginia-Affaire“ noch immer eifrig diskutirt, aber während sämmtliche Blätter die Massenhinrichtungen in Santiago einstimmig als einen grausamen und blutigen Alt verdammten, geben ihre Meinungen über das Verlangen des amerikanischen Volkes, Spanien wegen dieser Blutthätten den Krieg zu erklären und sich Cuba's zu bemächtigen, auseinander. „Krieg gegen die spanische Republik in diesem Moment ihrer größten Schwäche und Gefahr zu erklären“, sagt die „Morning-Post“, „würde nicht eine Handlung sein, auf welche die amerikanische Republik stolz sein könnte.“ Aehnlicher Ansicht ist auch der „Standard“. „Es ist eine Art grausamen Spottes“ — bemerkt das Organ der englischen Conservativen — „Sennor Castlear's Regierung für die Thaten der cubanischen Freiwilligen, über welche er eben so wenig Kontrolle als über die baskischen Provinzen über die Junta von Cartagena hat, verantwortlich zu machen. Die Macht, welche anzurechnen die amerikanischen Panzerregatten beordert worden sind, ist wirklich eine Handlung sein, auf welche die amerikanische Republik stolz sein könnte.“

„Sennor Castlear an, sich der Hilfe der Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung der Ordnung in Cuba zu bedienen, bezweifelt aber, ob der spanische Stolz dies zulassen werde.“

Deutschland.

= Berlin, 17. Novbr. [Das Budget. — Der Verwaltungsgerichtshof. — Interpellationen. — Die Conservativen. — Wahlprüfungen. — Deputation aus Grünberg.] Die Rede, mit welcher der Finanzminister die Vorlegung des Staatshaushalts-Etats heute begleitete, hat im Abgeordnetenhaus auf allen Seiten einen befriedigenden Eindruck gemacht. Der Staatshaushalt-Etat für 1874 schließt übrigens, was der Finanzminister in seiner Rede nicht erwähnt hat, in Einnahme und Ausgabe ab mit der Summe von 231,699,236 Thlrn. Die dauernden Ausgaben belaufen sich auf 198,334,144 Thlr., die einmaligen außerordentlichen Ausgaben, wie auch in der Rede bemerkt ist, auf 33,365,092 Thlr. Es wird aus dem Etat ersichtlich, daß die Forderungen des Cultus- und des Handelsministers am meisten Anlaß zu Gröterungen bieten werden. — In Abgeordnetenkreisen herrscht eine unverkennbare Verstimming darüber, daß der Umfang der bisher eingegangenen Vorlagen so eng bemessen ist und ein Mangel an Beschäftigung eintreten möchte. Es ist diese Mißstimming jedenfalls auf jene Nachrichten zurückzuführen, welche wissen wollen, daß dem Abgeordnetenhaus sofort die Provinzial-Ordnung und der Entwurf über den Verwaltungs-Gerichtshof zugehen würde, eine Nachricht, der an dieser Stelle von vornherein entgegengetreten werden könnte. Wir können heute hinzufügen, daß das Gesetz über den Verwaltungs-Gerichtshof demjenigen „über die Provinzial-Verwaltung“ vorausgehen wird. Was übrigens hinsichtlich des Standes der Vorarbeiten für den letztgedachten Entwurf bekannt geworden, gibt wenig Aussicht für die Zustimmung des Abgeordnetenhauses und also für das Zustandekommen des Entwurfs in dieser Session. Der Entwurf wird übrigens nur den Geltungsbereich der fünf östlichen Provinzen umfassen, Posen bleibt ausgeschlossen. — Die Fortschrittspartei bereitet nach verschiedenen Richtungen Interpellationen vor. Zunächst soll wegen Anbraumung des Termins für die Reichstagswahlen interpellirt werden (s. unten), sobald geht man damit um, den Cultusminister wegen des Standes der Arbeiten bezüglich der Einführung der Civil-Ehe zu befragen. Weitere Anträge

Warum meine Frau die Wäsche billig findet.

„Ich bin starr! — Ein Plättchen 5 Sgr., ein Paar Manchetten 1 Sgr., ein weißer Unterröck gar 20 Sgr.; ja, dann können freilich 6 Thlr. 7½ Sgr. bei der Addition herauskommen.“ — Ein Geschäft von Entsezen und stummer Resignation spiegelte sich bei diesen Worten auf dem Gesicht meiner bessern Hälfte ab und ihr Blick fiel vom Waschzettel auf das gereinigte Weißzeug. Dies lag vor ihr wie ein Häuschen Unschuld; so rein und zweifelsohne, als ob es nie ein Wässerchen betrübt hätte.

„Versuchen wir's mit einer andern!“ sagte ich in dictatorischem Tone und ging selber aus, um nach einer neuen Waschfirma zu bantastiren.

In einem halbdunklen Keller, aus dem die flüchtig gewordenen Alkoholsubstanzen mir entgegenqualmten, fand ich, was ich suchte. Eine grobknochige Alte mit sanftglühender Nasenpitze folgte meiner Spur, verschwörte sich, daß sie die billigsten Preise berechnen werde, nahm die sorgfältig notierte Wäsche mit und kam nicht wieder.

Es verging eine Woche nach der andern, allein die ausgesandte Waschtaube brachte den Delitzig der Meinheit nicht zurück. Allmählig schwoll der Haufen schmutziger Wäsche zur Sündfluth an, unser Unterzeug spottete den billigsten sanitälichen Anforderungen und das Verlangen nach frischem Zeug steigerte sich zum Notshrei. Endlich, nachdem ich zum 24. Male in die Alkohol-Atmosphäre des düstern Kellers hinabgeklettert war, gestand mir die Grobknochige, daß unsere Wäsche durch ein Versehen im Pfandhaus abgegeben worden sei, wo sie ein geldgieriger Manthäder so lange gefangen habe, bis das Lösegeld bezahlt sei. Die Frau hatte ihr Wort gehalten: billiger wie sie konnte keine waschen, denn sie selber forderte für ihre Bemühungen keinen Heller mehr, aber das Leihhaus ließ sich 9 Thlr. 12 Sgr. auf den Tisch zählen, dazu kamen 16 Stunden meiner kostbaren Zeit, die ich an Laufereien vergeudet hatte, und als ich die ausgelöste Wäsche endlich nach Hause brachte, war sie — schmutzig.

Meine gute Frau rang bei Anhörung der Leidensgeschichte verzweiflungsvoll die Hände, dann rang sie nach Fassung, kleidete sich äußerlich in die Farben der Trauer und ging zu einer weiteren Recognoscirung des städtischen Terrains aus.

Mit glückstrahlendem Gesicht kehrte sie heim und hinter ihr her folgte eine kokett gekleidete junge Dame. Als ich mich respectvoll erhob, knirpte die Fremde graciös und stellte sich mir im stilvollsten Kleengassen-Idiom als Wäscherin vor. — Sonderbar, ich hatte sie für die Tochter eines Verwaltungsrathes gehalten.

Als meine Frau keuchend den Wäscheberg heranzerrte, rief sich das holde Fräulein einen Dienstmännchen, grüßte recht artig und verschwand.

Vierzehn Tage später erschien die vornehme Wäscherin wieder, präsentierte uns eine sehr zierlich geschriebene Rechnung, welche aber die größten Zahlen enthielt, die mir in diesem Ressort jemals zu Ge-

sicht gekommen und als wir den Waschkorb enthüllten, sahen wir, daß die Plättchen schmutzig waren; den Kragen mangelte die Stärke; bei den Kinderkleidern war man sehr sparsam mit Wasser und Seife umgegangen und was das schlimmste, wir sahen sogar viele Sachen „die nicht da waren.“ Kaum hatte meine Frau aber einige schlüchterne Worte gewagt, die einem Vorwurf ähnlich sahen, so waren bei der Zierlichen mit eins alle Elemente entfesselt und wie der Strom einer allesversengenden vulkanischen Eruption ergoß sich die dialect-schwangere Fluth ihrer Suada unaufhaltsam über unsere niedergedommerten Häupter. Als das lezte Schimpfwort in den freundlichen Räumen unserer Behausung verhault war, warf mir meine Frau einen flehenden Blick zu, den ich durch das Vorzeigen meiner geleerten Börse erwiederte.

„Liebe Anna“, sagte ich, „unser Leben ist ein verfehltes.“

„Das sehe ich ein.“

„Noch ist es Zeit zur Umkehr; lernen wir eine gewinnbringende Hantirung; werden wir Waschfrau!“

„Ja, werden wir Waschfrau!“ wiederholte meine resolute Gattin mit dem Pathos der wärmsten Begeisterung. „Von heute ab wasche ich selber.“

Fünf Wochen hielt sie tapfer aus. Sie klagte nicht über geschundene Hände, verschmerzte das Kopfweh, welches ihr das Bügeln beim Herdfeuer brachte, und eines Tages lag sie auf der Nase. Ihre schwächliche Constitution vermochte es nicht, mit ihrer Willenskraft gleichen Schritt zu halten; die schwere, ungewohnte Arbeit zog ihr ein ernstliches Unwohlsein zu. Acht Tage später gingen wir wieder aus, um eine Waschfrau zu suchen, allein in unserer Gegend fanden wir keine mehr.

Endlich, nach Verlauf dreier Wochen entdeckten wir ganz in unserer Nachbarschaft einen Zettel mit der Aufschrift: „Hier wird Wäsche besorgt.“ Wir brachen gleichzeitig in einen Jubelruf aus; als hätten wir nach langer trostloser Irrefahrt ein Phanal entdeckt. — Meine Frau begegnete in der Thorsfahrt der Verfasserin des Zettels und bestellte sie zu sich.

Acht Tage nach diesem freudigen Ereigniß trat eine Frau mit bleichem Gesicht und armeloser Kleidung in unsere behaglich gemärmte Stube, wo ich eben schmäsig auf den Kaffee wartete.

„Das ist die neue Wäscherin“, raunte mir meine Frau zu und griff nach dem Waschzettel mit allen Zeichen der Angst und Sorge. Auch ich konnte mich eines bangen Gefühls kaum erwehren und bestaute meine magere Börse, um zu prüfen, ob der Silbergehalt derselben den extravaganten Ansprüchen des Wäsche-Etats zu trotzen vermöge. Zu meinem Erstaunen bemerkte ich, daß ein Zug freudiger Überraschung die Schatten der Sorge auf dem Antlitz meiner Gattin verbrängte.

„Nehmen Sie Platz, gute Frau“, lästete Anna im weichsten

C-Moll und beugte sich zu dem Waschkorb nieder, während ich mit einem Seufzer, welcher diesmal dem Gefühl moralischer Erlösung entsprang, die Börse furchtlos auf den Tisch legte.

Das Gesicht meiner Frau klärte sich beim Anblick der Wäsche auf wie ein lachender Sommertag und glänzte jetzt vor satter Befriedigung: „Allerhand Achtung!“ stieß sie selbstvergessen hervor. „Nicht wahr, liebe Frau, Sie trinken eine Tasse Kaffee mit uns.“ In sprachlosem Erstaunen blickte ich bald auf meine Frau, bald auf den Waschkorb, und was ich dort sah, war blüthenweiß, duftig, glänzend. Den Anblick hatte ich lange entbeht und mit dem Gefühl danbarster Bewunderung betrachtete ich mir die seltene Wäscherin näher.

Das Gesicht der Frau war nichts weniger als schön; es lag etwas unendlich Vergrämtes in den wellen Zügen. Die schmalen Lippen des bleichen Gesichts schienen von dem nasffalten Herbsterwetter, welches draußen herrschte, blau geworden zu sein, ihre großen dunklen Augen blickten melancholisch zur Erde und jetzt zog in dem warmen Zimmer eine helle Röthe über die wellen Backen.

Meine Frau hatte unterdessen die Wäsche verwahrt, zahlte den Preis dafür und und nun stellte unser kleines Mädel Stühle an den Tisch, während seine Mutter den dampfenden Kaffetops aus der Ofenkachel nahm und die Tassen füllte.

„Rücken Sie näher, liebe Frau, der heiße Kaffee wird Ihnen bei dem nassen Wetter gut thun.“

Die Wäscherin folgte dieser Aufforderung mit allen Zeichen der Verlegenheit und streichelte dann zärtlich den Lockenkopf meines Mädels, das verlangend auf die Butterknöpfe sah, welche ihm die Mama präparierte.

„Haben Sie auch Kinder?“ fragte ich die Frau, um ihrer Verlegenheit ein Ende zu machen.

„Ich hatte zwei“, entgegnete diese trübe: „eines von acht Jahren und eines im Alter Ihrer kleinen, das aber ist vor sechs Wochen gestorben.“

„O“, bemerkte meine Frau im Tone des Bedauerns, „an welche Krankheit starb es denn?“

„Der Arzt meinte, es sei durch die ungesunde Nahrung serophulb geworden und sagte, es wäre gut, daß es so frühzeitig gestorben sei, wir hätten sonst doch zeitlebens ein ungesundes Kind gehabt, das uns nur Last gemacht. Der Doctor mag am Ende Recht haben, allein ich hätte gern . . . ach, ja, recht gern die ärzte Last für es getragen.“

der Fortschrittspartei werden sich auf die Beseitigung der Beamten in den Communen beziehen. Wie weit sich die Fraktion den Schritten ihrer einzelnen Mitglieder anschließen wird, bleibt abzuwarten. — Die neu-conservative Fraktion hat sich konstituiert und in den Vorstand gewählt: die Abgg. v. Köller (früher Vizepräsident des Hauses), v. Gölz, v. Clausewitz und Frhr. v. d. Goltz. Eine Verschmelzung der Fraktion mit den Frei-Conservativen ist definitiv aufgegeben. — Unsere Mittheilung über den Protest gegen die Stolper Wahl bestätigt sich. Die Wahl des Staatsministers Delbrück wird beanstandet werden. Man will wissen, daß ein hoher Regierungsbeamter den dortigen Wählern eröffnet hätte, daß, wenn sie nicht ministeriell wählten, die Regierung dies durch Verweigerung von Mitteln für Land- und Wasserbauten, namentlich bezüglich des Hafens von Leba, entgelten lassen würde. Diese Angabe wird stark angezeifelt und möchte sich kaum erweisen lassen. — Der Bundesrats-Ausschuß für die Verfassung tritt heute zusammen, um sich über Anträge beabsichtige Auflösung des Reichstages und Unberaumung eines Termins für die Neuwahlen schläffig zu machen. — Aus Grünberg im Schlesien ist eine Deputation von 30 namhaften Fabrikbesitzern verschiedener Branchen hier eingetroffen, um bei Abgeordneten und Ministern um eine staatliche Unterstützung vorstellig zu werden. Die zerrütteten Verhältnisse der Hauptindustriellen der Stadt drohen für die ganze reiche Industrie des Districts vererblich zu werden, und hierfür ist nicht einmal Spekulationssucht oder gewagte Unternehmung verantwortlich zu machen. Die ganze traurige Lage schläft eine weitere drohende Gefahr in sich: 7-8000 Arbeiter dürften, wenn nicht geholfen wird, brotlos werden. Zur Abhöhe gehörte ca. 700,000 Thlr.

Berlin, 17. November. [Gesetzvorschläge der Ultramontanen und die Majoritätsparteien. — Geschäftliche Behandlung des Budgets. — Vermittelung zwischen Kaiser und Papst. — Prüfung clericaler Wahlen.] Reichstag und Landtag haben schon wiederholt den Beweis geliefert, wie sie es mit liberalen Gesetzvorschlägen und Anträgen der Ultramontanen zu halten pflegen: Die liberalen Geschenke aus den Händen der schlimmsten Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung werden einfach abgewiesen. Dafür spricht sich auch heute die Stimmung der Majoritätsmitglieder des Abgeordnetenhauses gegenüber den von der Centrumsfraktion eingebrachten Gesetzvorschlägen auf Abschaffung des drei Klassen-Wahl-Systems und der Zeitungstempelsteuer aus. Man weiß, sagt man, was man von diesem überstürzenden Eifer der Schwarzen in Erreichung der Initiative für liberale Gesetzvorschläge zu halten sei. Sie beabsichtigen, die Liberalen zu einer steeple chase für freisinnige Gesetze einzuladen, um für die vorstehenden Reichstagswahlen populäres Capital für sich zu schlagen. Was von liberaler Seite seit Jahren verlangt wurde und in der Thronrede als Lücke sich erwies — das haben die Clericalen (mit Ausnahme des Civilehegesetzes) mit wohlfeilem Muhs rath aufgegriffen und rechnen in erster Linie auf das Nein der Regierung. Darin liegt eben die Persifade des Mandvers. Der Zögerrungspolitik dieses oder jenes Ministers mag der ultramontane Coup vielleicht willkommen sein; im liberalen Lager verachtet man sich trotz Allem nicht, daß die Medaille auch eine Kehrsseite hat, nämlich die Frage um die Prinzipientreue gegenüber längst begründeter Forderungen des Liberalismus. Jedenfalls wird die Angelegenheit in den Majoritätsfraktionen des Abgeordnetenhauses ernstlich in Erwägung gezogen, und es wird selbsterklärend von der Stellungnahme der Regierung abhängen, wie sich die beiden liberalen Parteien zu den Vorlagen der Ultramontanen verhalten werden. Auch wird Gewicht darauf gelegt werden müssen, daß das Herrenhaus die Vorlagen der Clericalen aus anderen als taktischen Gründen verwerfen darf. Das Abgeordnetenhaus war in seiner heutigen Sitzung durch die Einbringung der liberalen Gesetzvorschläge der Ultramontanen sichtlich überrascht; Ihre Leser werden es weniger gewesen sein, weil wir in der Lage waren, Ihnen bereits in unserm Brief vom 14. d. Ms. von der legislatorischen Intrigue der Clericalen Andeutungen machen zu können. — Über die geschäftliche Behandlung des Staatshaushaltes verlautet in Abgeordnetenkreisen, daß man sich wahrscheinlich entschließen wird, die wichtigsten Etats an die Budget-Commission zu weisen und mit dem Rest sofort in die erste Lesung zu gehen. — Auswärtigen Blättern wird aus Rom geschrieben, daß der Papst dem deutschen

Kaiser einen Waffenstillstand anbietet und daß zur Übernahme der Vermittelung der Cardinal Rauscher in Wien aufgefordert worden sei. Der teuren Hintergrund dieser Mittheilung ist auf den ersten Blick ersichtlich. Auf den Bänken der Ultramontanen des Abgeordnetenhauses legte man nicht geringes Gewicht auf die unterbliebene Vorlage des Civilehegesetzes. Die Herren suchten sofort den Glauben zu erwecken, als ob jetzt der Moment zur Herstellung eines annehmbaren modus vivendi gekommen wäre und die katholischen Höfe aus besonderen Sympathien für die verfolgten preußischen Bischöfe die Gelegenheit zu einer friedlichen Vereinbarung zwischen Kaiser und Papst ergreifen würden. Wir haben an unterrichteten Orten Umfrage gehalten und man weiß hier nichts von einem Vermittelungsvorschlag, welcher direct oder indirect von einer jedenfalls einflusslosen Persönlichkeit aus Wien gekommen sein soll. — Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses werden sich beeilen müssen, noch vor den Weihnachtsferien mit den Ergebnissen der Wahlpflichtungen vor das Haus zu treten. Die Zahl der einlaufenden Proteste gegen ultramontane Wahlen mehren sich täglich. Auch gegen jene des „Hirschenwirths von Hohenzollern“ und seines Specialcollegen, Kreisrichter v. Kleinsorgen, liegt eine schöne Auswahl von Klagen über ultramontane Wahlumtriebe und Ungezüglichkeiten vor, welche allem Anschein nach zum Antrage auf Ungültigkeitserklärung der beiden Wahlen für Hohenzollern führen dürften. Bekanntlich sind die früheren hohenzollernschen Abgeordneten Goelt und Cramer von den Ultramontanen gejagten worden. Der Hirschenwirth ist übrigens noch nicht in dem Hause erschienen.

O. C. Berlin, 17. November. [Der Staatshaushalt.] Noch im Laufe des heutigen Tages wurden die auf den Staatshaushalt für 1874 bezüglichen Druckschriften vertheilt, aus denen wir für das allernächste Bedürfnis um so mehr einige Daten hernehmen müssen, als der Finanzminister in seinem einleitenden Vortrage mit Rücksicht auf die unmittelbar erfolgende Vertheilung der Druckschriften auf ihre Mittheilung im Abgeordnetenhaus heute verzichten zu müssen glaubte. Vor Allem die Hauptziffern: die Einnahmen sind für 1874 auf 213,699,236 Thlr., die dauernden Ausgaben auf 198,334,144 Thlr., die einmaligen und außerordentlichen auf 33,365,092 Thaler veranschlagt. Ferner sind aus dem Vorbericht zum Staatshaushalt für 1874 folgende, in weiten Kreisen interessante Sätze hervorzuheben, die in den Vortrag des Ministers nicht hineingezogen wurden. „Die Fonds zu Unterstützungen für pensionierte Beamte und für Witwen und Waisen von Beamten sollen durch den vorliegenden Etat um ca. 40 Prozent verstärkt werden“, nachdem das Dienstestommen des aktiven Staatsbeamten durch die Masregeln der Jahre 1872 und 1873, durch Gehaltserhöhung und Wohnungsgeldzuschuß durchschnittlich um 31½ Prozent erhöht worden. Dann heißt es weiter:

„Auch für die aktiven Beamten besteht das Bedürfnis, in Notfällen Unterstützungen zu gewähren, bei der Steigerung aller Lebensbedürfnisse, trotz der erheblichen Verbesserung des Dienstestommens, in unverändertem Maße fort. Es ist zwar mit Rücksicht auf die bedeutenden Mehrbelastungen eine Verstärkung der zu diesem Zweck dienenden Fonds im Ganzen zur Zeit nicht in Aussicht genommen. Aber es werden bei der Veränderung in den Verhältnissen des Geldwertes, welche sich in den letzten Jahren vollzogen hat, die Normen für die Bewilligung solcher Unterstützungen erweitert werden müssen. Nach einer vom Staatsministerium im Jahre 1852 in Uebereinstimmung mit Beschlüssen der Landesvertretung festgestellten Norm sollen Unterstützungen aus den etatsmäßig dazu ausgesetzten Fonds in der Regel nur an Beamte bewilligt werden, deren Dienstestommen den jährlichen Betrag von 1000 Thaler nicht übersteigt. Den heutigen Preisverhältnissen entsprechend wird diese Grenze etwa auf 1500 Thaler hinaufgerückt werden müssen. — In denjenigen Dienstzweigen, in welchen neben einer Reihe von etatsmäßig angestellten Beamten eine Anzahl von diätarisch remunerierten ständigen Hülfsarbeiter fungiert, hat sich mehr und mehr der unerwünschte Zustand entwickelt, daß die Zahl dieser letzteren im Vergleich zu der Zahl der etatsmäßigen Beamten eine unverhältnismäßig große ist. Es ist deshalb in der Staatsvorlage in Aussicht genommen, die hier unvermeidbar vorliegenden Missstände durch eine entsprechende Vermehrung der etatsmäßigen Stellen in den hierbei in Betracht kommenden Dienstekategorien möglichst zu befreien, auch das Dienstestommen der diätarischen Hülfsarbeiter zu verbessern.“

Sodann mögen folgende Positionen schon jetzt erwähnt werden. Mit Ausnahme der Klassensteinsteuer und Eisenbahnabgabe, bei denen Mindererträge von 241,600 Thaler resp. 301,000 Thaler zu erwarten sind, weisen alle direkten Steuern Mehrerträge nach: die Grundsteuer 13,060,000 Thlr. (mehr 5000 Thaler gegen 1873), die Gebäudesteuer 4,959,000 Thaler (mehr 92,000 Thaler), die Einfuhrsteuer 7,149,000 Thlr. (mehr 149,000 Thlr.), die Gewerbesteuer 5,591,000 Thlr. (mehr 189,000 Thlr.). Die indirekten Steuern, sofern sie Reichssteuern sind, weisen mit Ausnahme der Salzsteuer, der Brau- und der Uebergangabgabe von Bier, welche kleine Mehrerträge von 7,830 und 30,280 Thlr. verhießen, durchweg Mindererträge nach, die in Summa jedoch nicht mehr als 150,370 Thaler betragen. Von den indirekten Steuern für alleinige preußische Rechnung beträgt die Mahr-

steuer im Jahre 1874: 1,773,000 Thaler (mehr 23,000 Thaler), die Schlachtersteuer 2,800,000 Thaler (mehr 273,600 Thaler), die Stempel- und Erbschaftssteuer 10 Millionen Thaler (unverändert), der Anteil an der deutsehen Wechselstempelsteuer 143,430 Thaler (weniger 121,810 Thaler), Chausseegelder 1,505,000 Thaler (weniger 20,880 Thaler) u. s. w. Die Einnahme aus der Lotterie ist mit 1,341,800 Thaler (mehr 1,500 Thaler), aus der preußischen Bank mit 2,281,000 Thaler (mehr 279,000 Thaler), aus den Münzstätten mit 363,600 Thaler (mehr 19,600 Thaler). Aus der Staatsdruckerei 377,800 Thaler (mehr 49,100 Thaler) die Einnahmen des vormaligen Staatschähes sind mit 6,224,000 Thlr. (mehr 974,000 Thlr.) veranschlagt.

Die Brutto-Einnahmen sämtlicher Staatsbahnen sind als sehr erheblich, im Ganzen um 5,365,219 Thlr. steigend vorausgesetzt; die stärkste Zunahme wird bei der Ostbahn (mehr 1,839,000 Thlr.) demnächst bei der Niederschlesisch-Märkischen (mehr 1,759,000 Thlr.) erwartet, indem die Bruttoeinnahme aus diesen beiden Eisenbahnverwaltungen auf 12,139,000 Thlr. resp. 11,500,000 Thlr. angesetzt wird. Dagegen wachsen die Ausgaben auf 65,570,823 Thlr. im Ganzen, d. h. um 12,118,755 Thlr. gegen das laufende Jahr.

Die Verwendung des Extraordinariums wurde vom Finanzminister bereits kurz angedeutet. Wir fügen noch hinzu: Dem Handelsminister werden 23,987,737 Thlr. im Ganzen zur Verfügung gestellt, darunter Zufluss zu den Quaibauern der Stadt Altona 50,000 Thlr. (weniger 100,000 Thlr.), zum Chausse-e-Neubau 1 Million (mehr 400,000 Thlr.), zur Ablösung der Unterhaltpflicht für die im Weichbild von Breslau belegenen Chausseestraßen 100,000 Thlr., zum Bau des Gewerbe-Museums 200,000 Thlr. (mehr 50,000 Thlr.), der Gewerbehalle in Kassel 25,000 Thlr., zum Ankauf und Ausbau von Grundstücken für die Staats-Eichungsämter in Berlin und Köln 160,000 Thlr., zur Ausstattung der reorganisierten Gewerbeschulen mit den erforderlichen Lehrmitteln 30,000 Thlr. als erste Rate, zum Ankauf des Silberhauses der Stadt Lüneburg 200,000 Thlr., zum Bau von Wohnungen für Arbeiter der Porzellan-Manufactur 80,000 Thlr., für Bergwerkschule 80,000 Thlr. (mehr 10,000 Thlr.), zu Bauprämiens für Berg- und Hüttenleute der Saarbrücker Gruben, der Oberschlesischen Kohlenbergwerke Königsgrube und Königin-Luisa-Grube und der Eisenbergerei bei Gleiwitz, die sich Wohnhäuser für eigene Rechnung bauen, 93,000 Thlr. (mehr 18,000 Thlr.), zu unverzinslichen Darlehen an vergleichende Arbeiter 219,000 Thlr. (mehr 69,000 Thlr.), zum Bau von Arbeiter-Wohnungen für fiskalische Rechnung bei Saarbrücken und den Salzwerken des Staates 100,000 Thlr. (mehr 46,000 Thlr.), zur Fortführung des Segeberger Steinälfelzerwerbes. Zum Bau der St. Gotthardbahn trägt die Befreiung für Berg- und Hüttenwesen wiederum als dritte Rate 30,000 Thlr., die Eisenbahn-Befreiung 15,000 Thlr. bei. Der Dispositionsfonds der letzteren für unvorhergesehene Ausgaben ist auf 300,000 Thlr. also gegen das Jahr 1873 um die Hälfte erhöht.

Der Minister für die Landwirtschaftlichen Angelegenheiten werden extraordnär zur Verfügung gestellt: 150,000 Thlr. als erste Rate zur Errichtung eines Gebäudes für das landwirtschaftliche Museum in Berlin und einer dazu gehörigen Maschinenhalle; 11,100 Thlr. resp. 15,600 Thlr. zur Errichtung eines Gebäudes zu thier-physiologischen und chemischen Versuchen bei der Versuchsanstalt der Akademie in Poppelsdorf und zum Neubau eines Stalles dagebjt; 43,000 Thlr. zum Bau eines Obduktionshauses und eines Gebäudes für das chemische Laboratorium der Thierarznei-Schule in Berlin, 5000 Thlr. für die wissenschaftliche Commission in Kiel zur Erforschung der Meere im Interesse des Seefischerei, 25,900 Thlr. als dritte Rate zur Anlegung eines Fischerei-Zuschlussbahns an der Greifswalder Oie, 15,000 Thlr. für das Dünenthefen in den Provinzen Preußen und Pommern.

Dem Cultusminister werden 3,151,329 Thaler zur Verfügung gestellt (mehr 534,000 Thlr.), darunter 103,900 Thlr. zur Erweiterung der Gelehrtäume des Ministeriums; 50,000 Thlr. zur Bestreitung von Syndikatosten; von sämtlichen Universitäten werden bedeutende Zusendungen gemacht, die nur bei Kiel und Bonn hinter denen des Jahres 1873 zurückbleiben, bei allen übrigen aber dieselben sehr erheblich übertreffen: so 188,330 Thlr. für Königsberg und Berlin; zum Bau von Gymnasialgebäuden und zu anderen Gymnasialzwecken 268,585 Thlr. (mehr 31,751 Thlr.), dessgleichen für Seminarien 1,068,296 Thlr. (mehr 312,440 Thlr.).

Der Aufhebung der Zeitungstempelsteuer wurde in dem Vortrage des Finanzministers nicht gedacht.

Gumbinnen, 16. November. [Gebetsverhör.] Wie der „Bürger- und Bauernfreund“ hört, hält jetzt an jedem Donnerstag Herr Consistorialrath Heinrici in einem Privat-Quartier sogenanntes „Gebetsverhör“ für die Soldaten.

Posen, 18. Novbr. [Versiegelt.] Wie hiesige polnische Blätter mittheilen, sollen gestern dem Erzbischofe die Zimmer der Bell-Etage seines Palais versiegelt worden sein, in Folge dessen er nun lediglich das Parterre zu seiner Verfügung haben soll. Uns scheint diese Nachricht zweifelhaft, da wir ihren Zweck nicht begreifen können. Es ist ja bekannt, daß die Möbel nicht Privateigentum des Erzbischofs sind, — so wird wenigstens allgemein behauptet, — und eine Versiegelung der Zimmer könnte ja nur die Beschlagnahme dieser Möbel zum Zwecke haben.

(Ostd. 3.)

Rostock, 14. Nov. [Modification der Landesverfassung.]

„Ihr wollt die Herren der Schöpfung sein?“ fragte sie mit höhnischem Lachen und nagte dann heftig an der Unterlippe.

„Du weißt, liebes Kind,“ entgegnete ich im zärtlichsten Tone und hoffte den Sturm noch beschwören zu können, „daß ich in der Ehe solche weitgehende Prätentionen nie erhoben habe, allein Moses sagt in der Bibel — —“

„Schweig mir um Gottes willen von Moses und den Propheten, entgegnete sie in gereiztem Tone, „was wußten diese Hebreer von den Bedürfnissen unserer Zeit? Ich will Dir sagen, was Ihr seid! Die Sklaven verrottert Verhältnisse seid Ihr, die Euch von noch gemeineren Sklaven vererbt wurden. Da drüber liegt ein gichtbrüchiger Mann, den der Krieg ruiniert hat, in einer eiskalten Stube, in der es nach Armut riecht und erwartet auf hartem Lager die Stunde seiner Erlösung“; — bei diesen Worten zerrte Alma meinen alten Winterüberzieher aus dem Schrank und schleuderte ihn in einen Korb — „auf einer wurmstichigen Kiste kauert ein zerlumptes Mädchen, dem das Glend aus dem Gesicht stroht und macht seine Schulauflagen“ — ein altes Wollkleid und Bashlik flogen dem Überzieher nach — „und dazwischen ringt eine vergrämte Mutter, die den Keim des Todes in sich trägt, aus allen Kräften mit dem herben Schicksal, bis der Schiffbruch unvermeidlich wird. Sieh her, mein süßer Mann“, bei diesen Worten hielt mir die zarte Gattin einen alten Pantoffel dicht unter die Nase, „so lange Ihr „Herren der Schöpfung“ nicht unausgesetzt und mit allen Kräften dahin strebt, daß die grausamen Vernichtungskämpfe, welche den Menschen zum Raubthier herabwürdigen, ein Ende finden, so lange Ihr das edelste Juwel der Menschheit, den Unterkörper, durch Schulauflagen belastet und durch Schranken verklammert, so lange Ihr eine Kirche duldet, welche andere Dinge predigt, als die Gesetze der Menschenliebe und die der Mutter am Grabe ihres Kindes noch einen Tribut erpreist, so lange Ihr nicht Sorge tragt, daß auch der Unglückliche in dieser Weltstadt ein billiges Domizil finde, so lange steht Ihr tief unter jener Waschfrau — —“

„Du sprichst von großen Dingen, liebes Herz — —“

„Siel!“ unterbrach mich die Rednerin, warf die Pantoffeln in den Korb, befrachte diesen noch mit einer Wurst und zwei Döten und fuhr fort: „Dass Du es aber weißt, lieber Mann! Von heute ab, gebe ich jedes Stück Wäsche aus dem Hause, zahlre den höchsten Preis dafür und wehe Dir, wenn Du die Rechnung zu theuer findest!“ — Damit schnaubt sie zur Thür hinaus und ich atmete erleichtert auf.

Seit jenem Tage habe ich nie wieder eine Klage über theure Wäsche gehört, allein lange bevor der Erste eines jeden Monats herankommt, öffnet meine theure Frau die Hand und sagt mit einer wahrhaft empörenden Gelassenheit: „Gieb Geld her!“

N. Elch. (Volksztg.)

nicht hübsch, aber für mich war es das schönste Kind von der Welt.“ Einst ging mein früherer Hauswirth über den Hof, wo die Kleine spielte, und als er an ihr vorüberkam, sagte der brutale Fettfack: „Wem gehört denn der Affe?“ — Sehen Sie, ich habe nie einen Menschen gehaßt, aber bei den Worten hätt' ich den Mann fastblütig ermorden können. Ob ein Kind schön ist oder nicht, daran ist am Ende wenig gelegen. Nicht wahr? Die Haupsache bleibt doch immer, ob es uns liebt. Und meine Kleine war ein so herziger Schatz! Wenn sie lachte, fand ich sie wunderschön, und wenn sie sich des Nachts mit ihrem warmen Körperchen so eng an mich kauerde, und ihre Armerchen um meinen Hals schläng, schloß ich trog meines Glends mit Trost im Herzen ein . . . Wenn ich jetzt des Nachts — wo es so einsam bei uns ist — daran denke, daß das kleine Ding in der nassen kalten Erde liegt, dann blutet mir das Herz und ich schreie laut auf vor Jammer. Die ganzen Habseligkeiten, die ich noch besitze, gab ich fort, wenn ich sie nur noch einmal aus vollem Herzen umarmen könnte.“ — Zwei große Thränen rollten bei den mit halbsterkrickter Stimme gesprochenen Worten über das bleiche Gesicht mit den rothen Flecken. Wir sprachen in der Verlegenheit einige landläufige Trostworte.

„Regen Sie sich mit solchen Gedanken nicht allzusehr auf,“ bemerkte ich, „Ihre Gesundheit scheint so nicht die allerbeste zu sein.“

„Sie haben Recht. Als ich das Krankenhaus verließ —.“

„Aber, liebe Frau, Sie waren im Krankenhaus? Wie ging das zu?“ fragte ich mit gespanntem Interesse.

„Nun, sehr einfach, es kommt ja im Leben immer ein Unglück zum andern. Sie müssen wissen, ich hab zu Hause einen Mann, der seit einem Jahr an der Gicht leidet. Er meint, er hätt' sich's Ambo 70 in den Wasserlachen vor Mez und später in den Schneebiwouaks an der Loire geholt, wo ihn damals der Rheumatismus schon zeitweise lärmte, aber er klagte nie, wollte immer seine Schuldigkeit thun und darum ist er heut ein Krüppel und kein Mensch kümmert sich um ihn. Nun würde ich ihn und mein Kind ja immer durchschleppen, wenn nur alles seinen Gang ginge, aber erstlich warfen mich drei Hausbesitzer nacheinander aus der Wohnung, sobald sie erfuhren, daß ich wache. Darauf zogen wir nach einem kleinen Dorfe bei der Stadt, das aber zum Kreise Teltow gehörte. Auch hier erging es uns schlecht und als ich das Schulgeld für meine Altestete nicht zahlen konnte, wurde ich ausgeschändet.“

„Wegen rücksätzigen Schulgeldes ausgeschändet,“ rief meine Frau erschrocken. „Ja, ist denn das möglich?“

„Erinnere Dich doch, daß wir im „Intelligenzstaate“ Preußen leben,“ bemerkte ich. „Fahren Sie fort.“

„Dann lief ich von Pontius zu Pilatus und bettelte um Erlösung des Schulgeldes, bis ich endlich meine gepfändeten Sachen zurückhielt. Darüber hatte ich drei Arbeitstage versäumt. Wir zogen wie-

der in die Stadt zurück und nun starb mein Kind. Die Begräbniskosten aber beließen sich auf 15 Thaler und da mußte ich

Nach der grossherzoglichen dritten Landtagsproposition sollen die durch den Schluss des vorigen Landtags unterbrochenen Verhandlungen über eine Modification der Landesverfassung, unter Anknüpfung an das „zunächst zur Berathung stehende Finanzcapitel“, wieder aufgenommen werden. Dabei wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß über dieses Capitel bei näherer Erläuterung und Prüfung der bereits auf dem vorigen Landtage fundgegebenen landesherrlichen Entschlüsse eine Verständigung stattfinden und daß eine weitere Verhandlung zwischen den Commissarien und den Ständen auch über die anderen Capitel der „Grundzüge“ zu einer Vereinigung führen werde. Im Wesentlichen soll also das Vereinbarungswerk da wieder aufgenommen werden, wo man stehen blieb, als die Verhandlungen des vorigen Landtages durch dessen Schluss unterbrochen wurden. (R. 3.)

Hannover, 15. November. [Proceß Grote.] Der von unglücklichster Streitlust besessene Pastor Grote stand gestern, aus dem Gefängnis vorgeführt, wieder vor der hiesigen Strafkammer, um sich wegen weiterer in seinem safranen Volkskalender enthaltener Beleidigungen der Majestät und des Fürsten Bismarck zu verantworten. Nach seiner auf Ordenslosigkeit lautenden Aussage mußte er, auf Vorhalt des Präsidenten, doch zugeben, daß er vom König Georg decovirt worden sei. Aus früheren Consistorialacten wurde ihm dann eine ganze Reihe von Streitigkeiten vorgehalten, die endlich zu seiner Entlassung führten; diese Verfügung unterschrieb der zur Zeit des General-Gouvernements als Vorstand der Cultussachen fungirende Geheim-Rat Brüel, den nachher die Coalition der sogenannten Deutsch-Hannoveraner wieder mit Grote zusammenführte. Grote meinte in seiner Erwiedlung, er sei damals verfolgt worden, weil er der „Banden in Celle“ nicht habe folgen wollen, d. h. jenen kirchlichen Celler Vertrauensmännern, zu denen auch Ewald und andere spätere Parteigenossen des Angeklagten zählten. Der Vertheidiger erachtete diese Cierung der älteren Acten nicht für passend und sprach von einem Tendenzprozeß, Aeußerungen, die der Präsident zurückwies, der Kronanwalt aber zu Protocoll nehmen ließ, um demnächst die Bestrafung des Vertheidigers zu beantragen; auch eine Disciplinaruntersuchung gegen den Letzteren stellte er in Aussicht, weil derselbe seinem Schützling unrichtige Mittheilungen gemacht habe. Gegen den Angeklagten beantragte er eine Zufahrtsstrafe zu den noch nicht abgelaufenen 15 Monaten Gefängnis, auf deren Höhe es aber der Kronanwalt wenig ankomme. Grote läugnete die Absicht der Bekleidung; auf die in seiner mit aller Heftigkeit geführten Selbstvertheidigung vorgebrachten Worte, daß man jetzt, wie einst den Märtyrer Polycarp, ehrwürdige, im treuen Dienst der Kirche ergrauten Männer durch die Staatsgewalt zwingen wolle, ihren Heiland zu verläugnen, verbieß der Kronanwalt eine neue Anklage; und nach der Bemerkung des Präsidenten, daß Grote die sonst gern zu gewährende Vertheidigungsfreiheit alzu weit treibe, entsagte derselbe der weiteren Rechtfertigung. Bekleidungen des Reichstages, des Abgeordnetenhauses, des Präsidenten Simson und andere, die sonst im Volkskalender noch vorkommen, können als verjährt nicht weiter verfolgt werden; der Kronanwalt beantragt indessen, diese wie die verurtheilten Stellen aus den safranen Exemplaren, die dann zurückzugeben seien, tilgen zu lassen. Das Erkenntniß des Gerichts soll in acht Tagen erfolgen. (R. 3.)

Münster, 15. November. [Ueber die Organisation der Vereine zum Herzen Jesu] veröffentlicht seltsamer Weise — die „Germania“ folgendes interessante Actenstück:

I.

Münster, 30. October 1873.
Ew. Hochwohlgeboren überende ich in der Anlage eine mir zugegangene Mittheilung d. d. Lemberg, 14. September d. J., betreffend die projectirte Organisation der Vereine zum geheiligten Herzen Jesu mit dem ergebensten Eruchen, auf die projectirte Organisation gefällig Ihr Augenmerk zu richten und über etwa zu Ihrer Kenntniß gelangende Spuren derselben sofort an mich zu berichten.

Der Regierungs-Vicepräsident
(gez.) Delius.

An den Herrn Landrat

II.

Lemberg, 14. September 1873.
„Es wird jetzt von Seiten der Jesuiten von Frankreich und England aus daran gearbeitet, die „Vereine zum geheiligten Herzen Jesu“ aller katholischen Länder miteinander in wechselseitige Beziehungen zu bringen. Diese internationale kirchliche Verbindung soll sich über ganz Europa und Amerika erstrecken und eine geheime Organisation erhalten. Jedes Land wird eine Section bilden mit einem geistlichen Comite an der Spitze, an welchem auch Laien Mitglieder sein können. Der Zweck dieser internationalen Verbindung der katholischen Vereine ist, die Solidarität des katholisch-kirchlichen Interesses in den unteren Volksklassen zum thätigen Bewußtsein zu bringen und dieselben für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu sanieren. In Galizien ist bereits ein geistliches Comite zusammengetreten. Die Mitglieder desselben sind folgende Jesuiten und Priester: Franziskus Kauten, Priester Adolph Raminli, Henryk Zaworski, Alexander Martiewicz, Kazimierz Peterek, Clemens Kobat, Vorsteher des Minoritenvereines, Anzelm Pjanić, Antoni Siciarczyk und Kolabinski.“

Über die Täglichkeit des Comites ist bis jetzt Näheres noch nicht in Erfahrung gebracht worden. Die Sitzungen derselben finden im Refectorium des Dominicanerklosters in Lemberg statt.“

Dortmund, 10. Nov. [Wegen der Katholiken-Versammlung] im Kühn'schen Saale ist gegen den ultramontanen Agitator Ohm in Münster befürchtlich die strafrechtliche Untersuchung eingeleitet. Am 7. wurden hier bereits mehrere Zeugen vor dem Unteruchungsrichter vernommen. Wie arg der incriminierte Demagog es getrieben, das erhellt aus einem Referat, welches das hiesige Wodenblatt seiner Zeit über die Ohm'schen Auslassungen brachte. Daraus nachträglich folgende Beispiele: „Die katholische Kirche übertrage den Staat, welcher der Kirche zu dienen habe, denn die Kirche stehe unendlich höher als der Staat (Stürmischer Bravo.) Die katholische Kirche sei eine göttliche unantastbare Einsezung, während doch der Staat nur ein vorübergehendes Dasein habe. (Brifall!) Die Gesetze der Kirche seien heilig, und der Staat, welcher diese Rechte und Gesetze aufhebe oder gefährde, der mache sich zum Mittschuldigen Lucifer's und verfalls dem Fluch des Himmels! (Stürmischer Brifall, nicht endenwollender Jubel.) Die obrigkeitliche Gewalt Gottes auf Erden sei die katholische Kirche, — sie herrsche über Kaiser und Reich, die verpflichtet seien, ihr geboriam zu dienen.“ (Lebhafte Zustimmung und lang anhaltendes Bravo.) Die göttlichen Sitten-gezeie und die in denselben liegenden heiligen Pflichten seien nicht bloss für die Unterthanen, sondern auch für die Könige und Minister vorhanden. Wer den König zur Verfolgung der Kirche veranlaßte, begehe eine gottlose, strafbare Handlung; und wer denselben zu Gemahllacten gegen die Katholiken verleite, der verliere seine Macht und werde zur Majestät des Lucifer. Die Staaten würden dem vernichtenden Zorn Gottes verfallen, denn es sei „viel schlimmer, der Kirche eines ihrer Rechte zu rauben, als den Fürsten die Staaten.“ Der Liberalismus, der frühere Gegner des Staates, habe nun mit demselben eine verdammungswürdige Vereinigung zum Verderben der katholischen Kirche geschlossen, und Fürst Bismarck stehe an der Spitze — Redner unterbricht sich hier unter allgemeiner Heiterkeit der Anwesenden. — Heute habe man das Eisener Kreuz gegeben, um die Gläubigen morgen daran zu schlagen! Was noch ein Mal aus dem deutschen Reiche, dem Kaiser und Bischof Steinens werde, das wolle keiner nicht aussprechen. — Hinlänglich der Gelege gegen die Klöster erinnert Herr Ohm daran, daß man die Klöster, die Pflanzstätten der Sitten und Gottesfurcht, geschlossen, — „dagegen aber Häuser der Schande errichtet habe.“ (Bischofliches „Psut“ wird gerufen.) Herr Ohm schließt, daß die Katholiken nie und nimmer „vor der Majestät der Kanonen und Milliarden beugen würden.“ Trostlich sei übrigens, daß einst auch Reichskanzler und Cultusminister sterben und vor Gottes Thron Rechenschaft ablegen müßten über die Schandthaten, welche sie gegen die Kirche und die Gezeie Gottes unternommen hätten.“

Düsseldorf, 15. November. [Wahlprotest.] Seitens des hiesigen liberalen Wahlcomite's wird ein Protest gegen die hiesige Abgeordnetenwahl bei der Kammer eingereicht werden. Derselbe gründet sich namentlich auf die auffällige Vertheilung der Wahlbezirke, welcher

es hauptsächlich zu verdanken ist, daß die Clericalen auch in den ersten beiden Klassen noch Geschäfte machen könnten.

Arolsen, 13. November. [Landtag.] Der seit dem 28. v. M. dahier versammelte Landtag der Fürstenthümer Waldeck-Pyrmont hat sich auf 4 Wochen vertagt. Dem Berathen nach hat der Landtag vorher noch an den Kaiser und an den Fürsten zu Waldeck-Pyrmont Abreiss gerichtet, in welchen die für das Land und die Beamten sehr ungünstige Auslegung einiger Bestimmungen des Accessions-Vertrages beleuchtet worden ist. Man hofft, daß auf diesem Wege den vorhan-denen Uebelständen abgeholfen werde. (H. M.)

Dresden, 17. November. [Gesandtschaft an den Kaiser.] Unterm 16. November berichten die „Dresden. Nachr.“: „Nachdem die Besserung im Besinden Sr. Maj. des Kaisers in zwar langsam, aber stetigem Fortschreiten begriffen ist, dürfte die Absendung der in unserm gestrigen Blatte erwähnten außerordentlichen Gesandtschaften behufs officieller Anzeige des Regierungsantrittes des Königs Albert in nächster Zeit vor sich gehen. Man hat hierorts bisher so lange gewartet, bis der Gesundheitszustand des Deutschen Kaisers die Entgegennahme einer derartigen Gesandtschaft gestatte.“

München, 15. November. [Diäten.] In der Abgeordnetenkammer, und zwar von der nationalliberalen Partei, wird eine Anregung vorbereitet, welche die Minister auffordert, im Bundesrath für die Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder zu wirken. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß die bayerische Staats-Regierung Reg.-Rath Brüel, den nachher die Coalition der sogenannten Deutsch-Hannoveraner wieder mit Grote zusammenführte. Grote meinte in seiner Erwiedlung, er sei damals verfolgt worden, weil er der „Banden in Celle“ nicht habe folgen wollen, d. h. jenen kirchlichen Celler Vertrauensmännern, zu denen auch Ewald und andere spätere Parteigenossen des Angeklagten zählten. Der Vertheidiger erachtete diese Cierung der älteren Acten nicht für passend und sprach von einem Tendenzprozeß, Aeußerungen, die der Präsident zurückwies, der Kronanwalt aber zu Protocoll nehmen ließ, um demnächst die Bestrafung des Vertheidigers zu beantragen; auch eine Disciplinaruntersuchung gegen den Letzteren stellte er in Aussicht, weil derselbe seinem Schützling unrichtige Mittheilungen gemacht habe. Gegen den Angeklagten beantragte er eine Zufahrtsstrafe zu den noch nicht abgelaufenen 15 Monaten Gefängnis, auf deren Höhe es aber der Kronanwalt wenig ankomme. Grote läugnete die Absicht der Bekleidung; auf die in seiner mit aller Heftigkeit geführten Selbstvertheidigung vorgebrachten Worte, daß man jetzt, wie einst den Märtyrer Polycarp, ehrwürdige, im treuen Dienst der Kirche ergrauten Männer durch die Staatsgewalt zwingen wolle, ihren Heiland zu verläugnen, verbieß der Kronanwalt eine neue Anklage; und nach der Bemerkung des Präsidenten, daß Grote die sonst gern zu gewährende Vertheidigungsfreiheit alzu weit treibe, entsagte derselbe der weiteren Rechtfertigung. Bekleidungen des Reichstages, des Abgeordnetenhauses, des Präsidenten Simson und andere, die sonst im Volkskalender noch vorkommen, können als verjährt nicht weiter verfolgt werden; der Kronanwalt beantragt indessen, diese wie die verurtheilten Stellen aus den safranen Exemplaren, die dann zurückzugeben seien, tilgen zu lassen. Das Erkenntniß des Gerichts soll in acht Tagen erfolgen. (R. 3.)

München, 15. November. [Die Kammer der Reichsräthe. — Dementi.] Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß die Kammer der Reichsräthe dem Beschuß der Abgeordnetenkammer bezüglich des Antrags der Abgg. Dr. Bölk und Herz, die Ausdehnung der Reichscompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht betreffend, zustimmen wird. Es ist immerhin ein erfreulicher Beweis von politischem Verständniß, daß diese Herren nicht dem Beispiel der ultramontanen Partei in der Kammer der Abgeordneten folgen und sich nicht gegen Umgestaltungen sträuben, die nur einmal so sehr in der Strömung unserer Zeit gelegen sind, daß nur Eigentum oder politische Vorwirheit gegen dieselben ernstlichen Widerstand leisten kann. — Wie eine aus bayerischen Landtagskreisen gut informierte Correspondenz im Widerspruch mit der Mittheilung des „Fr. J.“ wissen will, wäre der neu bayerische Kammerpräsident Frhr. v. Stauffenberg von dem König jetzt, wie einst den Märtyrer Polycarp, ehrwürdig, im treuen Dienst der Kirche ergrauten Männer durch die Staatsgewalt zwingen wollen, ihren Heiland zu verläugnen, verbieß der Kronanwalt eine neue Anklage; und nach der Bemerkung des Präsidenten, daß Grote die sonst gern zu gewährende Vertheidigungsfreiheit alzu weit treibe, entsagte derselbe der weiteren Rechtfertigung. Bekleidungen des Reichstages, des Abgeordnetenhauses, des Präsidenten Simson und andere, die sonst im Volkskalender noch vorkommen, können als verjährt nicht weiter verfolgt werden; der Kronanwalt beantragt indessen, diese wie die verurtheilten Stellen aus den safranen Exemplaren, die dann zurückzugeben seien, tilgen zu lassen. Das Erkenntniß des Gerichts soll in acht Tagen erfolgen. (R. 3.)

Aus Deutsch-Lothringen, 13. November. [Ein klösterliches Frauenpensionat.] Aus Dieuze erfahre ich von sicherer Hand, daß sich in dem dortigen klösterlichen Frauenpensionat im „Hotel Dieu“ neuerdings auch mehrere junge Damen aus Deutschland behufs gründlicher Erlernung der französischen Sprache aufnehmen ließen. — Aber es scheint in diesen Räumen nicht Alles Gold, was glänzt, denn vorigen Sonntag entflohen plötzlich zwei junge Damen aus Barmen, die von ihren Eltern in das Pensionat geschickt worden waren, während die Pensionärinnen von den Nonnen in die Kirche geführt wurden. Nachdem sie aber — ohne Geld — die Unmöglichkeit erkannt hatten, die Flucht durchzuführen, schrieben sie im Bahnhofe zu Dieuze Briefe an ihre Eltern, worin sie sagten, daß sie eine eines freien Menschen unwürdige Behandlung erfahren hätten und statt des Unterrichts in der Wissenschaft und in praktischen Kenntnissen halbe Nächte durch in der Klosterkapelle für den „armen Mann“ in Rom und für das unglückliche „von Preußen gedemüthigte und mißhandelte Frankreich und für die baldige Revanche haben beten müssen. — Mädchen aus Barmen!! Ob sich in Wirklichkeit die Sache so verhält, wie die Mädchen schrieben, wird die hoffentlich einzuleitende Untersuchung herausstellen. Solche Vorwürfe sind aber durchaus begreiflich, im Sprengel des Bischofs von Nancy auch ganz natürliche. Einem Gerücht zufolge ist das geschilderte Pensionat in Dieuze noch niemals von einer Behörde untersucht worden. (Karlstr. 3tg.)

D e s t e r r e i c h.

* * Wien, 17. Novbr. [Der Adressentwurf Herbsts. — Der Gemeinderath-Skandal. — Journalistisches.] Der Entwurf der Adresse für das Abgeordnetenhaus aus der Feder des Professors Herbst liegt jetzt ebenfalls vor. Er zeichnet sich durch klare Durchsichtigkeit, strenge und knappe Logik, sowie durch sehr empfehlenswerthe Präcision und Entschiedenheit ungemein vortheilhaft aus. Die beiden einschneidenden Alineas sind diejenigen, die sich auf die Staatsbilanz und auf die konfessionellen Vorlagen beziehen. Ersterer Passus lautet in seiner Wesentlichkeit: „Die Folgen des Rückslages bedrohen durch die Erschütterung des Vertrauens auch die von der frankhaften Sucht nach schneller und mißhafter Bereicherung nicht ergänzten Kreise der produktiven Thätigkeit, welche durch das Zusammensetzen anderer ungünstiger Ereignisse ohnehin schwer getroffen sind.“ Also nur „zur Wahrung der Industrie und des Handels vor den Gefahren, die aus dem erschütterten Vertrauen hervorgehen“, sollen Maßregeln ergriffen werden. Der Börse will man vielmehr durch schärfere Beaufsichtigung nach Möglichkeit die Fähigkeit abschneiden, nochmals durch Infektion eines ähnlichen Schwindsels die reelle Produktion ins Mitleid zu ziehen. Soll der wirtschaftliche Verkehr für die Zukunft auf gesunde Grundlagen zurückgeführt werden — heißt es weiter — so muß die Reform der Aktien- und Börsen-Gesetzgebung unverzüglich in Angriff genommen werden. Denn auf die Wiederkehr des Vertrauens zu Aktien-Unternehmungen kann nur gerechnet werden, wenn das Gesetz leichtfertig und eigenmächtig Gebahren mit dem Vermögen der Gesellschaft, sowie Täuschungen über den Stand des selben mit voller Schärfe entgegenstehen. Bezüglich der zu erwartenen konfessionellen Vorlagen heißt es in dem Entwurfe: nicht bloß die Ausfällung der durch die Aufhebung des Concordates entstandenen Lücken erscheint höchst dringend; sondern die Durchführung der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit überhaupt und die ungeschmälerte Wahrung der Staatsinteressen gegenüber den fiktiven Organismen insgesamt sehen wir als unabsehbliche Aufgabe der Gesetzgebung in der nächsten Zeit an.“ — Der Skandal im Gemeinderath soll damit beigelegt werden, daß der Referent Dr. Lederer seine Bemerkung, Dr. Kopp's Rede reiche nach Petroleum, brieschlich zurücknimmt und Bürgermeister Felder erklärt, nur der losbrechende tumult habe ihn verhindert, den Ordnungsruh ergehen zu lassen. Verkleistern mag man den Riß damit, daß man ihn aber so nicht heilt, glaube ich durch Aufdeckung seiner tieferen Motive nachgewiesen zu haben. — Trotz der Ungunst der Zeiten, die publicistischen Unternehmungen nichts weniger als hold sind, sollen hier zwei große neue Tagesblätter auf einmal entstehen. Das Eine sieht die Regierung, d. h. eigentlich Graf Andrássy in Scène. Es wird dabei Hofrat Teschenberg aus dem auswärtigen Amt die Chefredaktion übernehmen; unter den sonstigen Mitarbeitern nennt man auch Dr. Weill, Regierungsrath, der 1849 bis 1851 in Berlin die „Constitutionelle Zeitung“ Hansmann's redigte. Außerdem will die Rechtspartei des Abgeordnetenhauses unter Hohenwart's Führung sich

ein eigenes Organ gründen, da der Vorschlag, das „Vaterland“ zum Parteiblatt zu erheben, abgelehnt ward, weil das Journal Leo Thuns und Elams mit seinen feudalen und Concordatschüssen eine Politik mit zu engbegrenztem Horizonte treibe, um allen antizentralistischen Fractionen als Sammelpunkt zu dienen, zumal denjenigen, die im Reichsrath mitthun!

[Sechsunddreißiger-Ausschuss.] Bei Berathung über die Finanzvorlage sprach sich Dr. Herbst entschieden für Begavung von Renten-titeln aus.

Finanzminister Freih. v. Pretis erklärt, wie die Regierung dazu gekommen sei, diese Art der Geldbeschaffung zu beantragen, und weiß darauf hinzu, daß das Begehr nach der Vermehrung der Circulationsmittel seit dem Beginn der Krise von allen Seiten und in der intensivsten Art an die Regierung herangetreten ist. Erst in der allerletzten Zeit sei es ihr und nach ziemlich hartnäckigen Kämpfen gelungen, die Thatache festzustellen, daß die Vermehrung der Staatsnoten in keiner Weise in Aussicht zu nehmen sei. Die Regierung glaubt, daß eine Vermehrung der Circulationsmittel nicht notwendig sei und daran festhalten zu sollen, auch wenn es sich darum handeln werde, die Valutaregulirung oder die Lösing der Valutafrage in die Hand zu nehmen. Wie man sich vorstellen könne, sei die Bankfrage, deren Lösing ja nach den bestehenden Gesetzen innerhalb der nächsten zwei Jahre stattfinden soll, Gegenstand der Berathung in den betreffenden Kreisen, und man habe dabei an dem Gedanken festgehalten, daß der heutige Standpunkt der Circulationsmittel im Großen und Ganzen auch dem gewachsenen Verkehr genüge, und daß die von der Bankfrage unzertrennliche Frage der Valuta in der Weise gelöst werden müsse, daß die Staatsnoten zurückgegeben würden und an Stelle der Staatsnoten bedeckte Banknoten zu treten hätten.

Er wolle jetzt nicht den Plan weiter erörtern, aber es zeige sich auf den ersten Anblick wohl, daß hiermit die Notwendigkeit verbunden sei, daß nach dem Staatsnoten nicht im Wege des bankmäßigen Verkehrs in Circulation genommen sind, sondern von der Regierung aus besonderen Anlässen machenweise hinzugegeben würden, es undurchführbar sein würde, den Erfolg der Staatsnoten durch Banknoten im Wege des geschäftsmäßigen Bankverkehrs stattfinden zu lassen; weshalb jedenfalls darauf gedacht werden müsse, daß ein großer Theil dieser Staatsnoten im Wege der Vernehrung gegen Banknoten zurückgezogen werde, und daß an die Regierung die Pflicht herantrete, der Bank hieß für die Silberdeckung zu beschaffen. Indem nun die Bankfrage innerhalb der nächsten Zeit in Angriff genommen werden möge und er nicht glauben könne, daß es eine Regierung gebe, und daß es ein Parlament unternehmen würde, die künftige Stellung der Bank zu regeln, ohne zugleich die allmäßige Herstellung der Valuta anzufordern, und die, wenn auch auf eine Reihe von Jahren zu vertheilenden Maßregeln für diesen Zweck festzustellen, so darf man annehmen, daß in einem nicht fern liegenden Zeitraume die Notwendigkeit der Silberbeschaffung eintreten müsse, und er nicht glauben könne, daß es eine Regierung gebe, und daß es ein Parlament unternehmen würde, die künftige Stellung der Bank zu regeln, ohne zugleich die allmäßige Herstellung der Valuta anzufordern, und die, wenn auch auf eine Reihe von Jahren zu vertheilenden Maßregeln für diesen Zweck festzustellen, so darf man annehmen, daß in einem nicht fern liegenden Zeitraume die Notwendigkeit der Silberbeschaffung eintreten müsse, und die Rückwendung des österreichischen Silbers, in Folge der Auflösungszugung auf weiteren Gebieten, jedenfalls billiger zu haben sei, habe die Regierung auf den Gedanken gebracht, daß es ökonomisch günstiger sein würde, heute schon einen Theil dieser Operationen vorzunehmen, denen sie sich im Laufe der künftigen Jahre nicht entziehen können, und damit sich zugleich die Möglichkeiten zu verschaffen, diejenigen Mittel zu erwerben, welche für die Gesetzesvorschriften angegebene Zwecke notwendig sind.

Der Finanzminister erwähnt, daß, wenn es auch vielleicht gar Mandate, die im Innersten ihres Herzens vor dem Augenblick der Herstellung der Valuta zurückbleiben, es denn doch kaum denkbar wäre, daß man nicht vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Moral es für eine unabsehbare Pflicht halte, dieser Aufgabe mit allem Ernst entgegenzugehen, wenn sie auch mit Anstrengungen verbunden sei. Er glaubt, man müsse diese Anstrengungen machen und man könne und werde diese Frage in befriedigender Weise lösen. Nicht nur der Mensch wachse mit seinen Zwecken, auch das Volk wachse mit edlen Zwecken, und es sei wohl ein Zweck, eines edlen Volkes würdig, daß man sich aus den Calamitäten herausarbeite, welche nicht nur vom streng finanziellen Gesichtspunkte höchst empfindlich seien, sondern welche für den ganzen sittlichen Zustand des Volkes eine viel größere Bedeutung haben, als man sich vielleicht vorstellt.

Der Finanzminister gibt sich der Hoffnung hin, daß das Ausland, der bisherige größte Rentenbesitzer, auch die neuen Anleihentitel, auch die späten Renten, nicht anstreben wird, während die ausparten Renten aber reiche nicht an die Bedürfnisse heran und dieselbe möchte doch eventuellen staatlichen Bedürfnissen vorbehalten bleiben, während die jehige Anleihe nur allgemeinen volkswirtschaftlichen Zielen gelten soll.

Der Beschuß des Ausschusses wurde bereits telegraphisch mitgetheilt. (Nr. 539 der Bresl. Ztg.)

Pest, 15. November. [Der Gesetzentwurf über die Aufnahme eines neuen

(Fortsetzung.)

nach deren Verlauf man den Bericht der Fünfzehner-Commission entgegen nehmen werde. Die Rechte stimmte zu, und de Rossignier erklärte, er werde nöthigenfalls eine Nachsitzung verlangen. Graf Rampon widersezte sich der Johnston'schen Forderung. Es sei unstatthaft, einen solchen Druck auf die Fünfzehner-Commission auszuüben, und niemals habe man zu einem solchen Mittel seine Zuflucht genommen. Hierauf wandte de la Guerinière ein, daß allerdings seiner Zeit die Versammlung eine Sitzung unterbrochen habe, um den Bericht über den Friedensvertrag mit Deutschland zu erwarten. Brisson und Rampon wollen keinen Vergleich zwischen beiden Fällen zulassen. Baragnon rechtfertigt den auf die Commission gelübten Druck damit, daß auch die Gefahr eine dringende sei. Pressens beschwört die Kammer, der Commission und sich selbst Zeit zur Überlegung zu gönnen und nicht in der Nacht das Schicksal des Landes preiszugeben. Der Kamm wuchs, als Bethmont, der Secretär der Commission, im Saale erschien und im Namen der Fünfzehn die Kammer um Geduld ersuchte. Man sei aber beschäftigt, die Verfasser mehrerer Amendements zu hören; die Commission hoffe, ihren Bericht noch vor Abend vorlegen zu können, könne aber nichts versprechen. — Gleichviel, rief Johnston. Verlagen wir uns auf zwei Stunden; schlimmsten Falles werden wir 2 Stunden länger in Versailles geblieben sein. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit gutgeheissen; aber ehe man auseinanderging, erhielt Philippoteau das Wort zu einer dringlichen Bemerkung. Er kam nochmals auf seinen bekannten Antrag vom Tage vorher zurück. Aus der Aube, sagte er, wird gemeldet, daß man diesen Antrag zu einem Wahlmanöver benutzt, und daß die Wahlagenten des Herrn Argente das Gericht aussprengen, der General Saussier sei nicht wählbar. Hiergegen protestire ich auf das Entschiedenste. Beifall im linken Centrum. Die Rechte hütete sich wohl, diesmal Herrn Philippoteau eine Ovation zu machen.) — Nach Wiederaufnahme der Sitzung erschien Laboulaye mit dem Bericht, den er auf Verlangen der Kammer sofort vorlas. Wenn man den Umständen Rechnung trägt, so muß man wohl dieser Arbeit Anerkennung zollen. Der Bericht ist insofern kein einheitliches Ganzes, als die Argumentation nicht mit den daraus gezogenen Schlüssen übereinstimmt; aber das ist nicht die Schuld des Berichterstatters. Die Commission will die Errichtung der Republik; aber sie hat ein Zugeständniß gemacht, indem sie bedingungsweise der Organisation der Republik die Bestätigung von Mac Mahons Gewalt über den Zeitpunkt der staatlichen Organisation hinaus, zuläßt. Daher der Perier'sche, von der Commission angenommene Antrag, der im Grunde weder Fisch noch Fleisch ist. Was aber im Übrigen die Sprache Laboulaye's anlangt, so ist sie eben so fest wie gemäßigt und verhältnißlich. Die Monarchie, welche Ihr geträumt habt, sagt er den Monarchisten, ist in sich zusammengebrochen. Ihr könnt, wir können nie die Republik machen; entsaget unmöglichen Illusionen und vereinigt euch mit uns. Ihr habt Euch die constituirende Gewalt zugesprochen; der Augenblick, zu constituiren, ist gekommen. Wenn Ihr ihn entgehen ließet, was könnet Ihr thun? Was bliebe uns übrig? Wir müssen fordern, daß Ihr dem Lande ein Mandat zurrückzieht, welches Ihr künftig nicht mehr zu erfüllen vermöget. — Die Vorlesung des Berichtes wurde mit großer Aufmerksamkeit und Ruhe angehört. Die Linke applaudierte mitunter, aber die Rechte ließ keinen Widerspruch hören. Niemand verlangte mehr eine Nachsitzung, und die Discussion wurde auf Montag festgesetzt. Über den Ausfall derselben bestehet nach wie vor die größte Ungewissheit. Ist doch die Rechte nicht einmal der Zustimmung der äußersten Rechten absolut gewiß, wie denn die "Debats" heute versichern, daß sie mehrere legitimistische Deputirte kennen, die nicht für die Prorogation stimmen werden, weil sie lebhaft darüber aufgebracht sind, daß man von Heinrich V. Garantien verlangte, die man nicht vom Marschall MacMahon verlangt.

* Paris, 16. Novbr. [Rundschreiben des Justizministers.] Herr Crémou, der Justizminister, hat an alle Staatsanwalte bei den Appellhöfen unter dem Datum vom 6. November ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er unter Anderem sie von den Veränderungen benachrichtigt, die durch die Gesetze vom 24. Juli 1873 und die Decrete des Präsidenten vom 28. September und 13. Oktober in der Organisation der Armee gemacht wurden. Er fügt hinzu: „Die Armee muß nicht nur das Gebiet verteidigen, sie hat auch die Mission, die Achtung des Gesetzes zu sichern und die öffentliche Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Deshalb ist es wesentlich notwendig, die Chefs über ernste Fälle, die in den Grenzen ihres Wirkungskreises vorfallen könnten, in Kenntniß zu erhalten. Ich ersuche Sie deshalb, ohne Verzug dem General, der im Departement Ihres Ressorts das Armeecorps commandirt, Mittheilungen von allen Ereignissen zu geben, die der Art sind, daß sie die öffentliche Sicherheit berühren.“

[Schreiben eines niederrheinischen Abgeordneten.]

Der „République française“ ist folgendes Schreiben zugegangen:

Herr Redakteur! Wollen Sie gefälligst den nachstehenden Bemerkungen hinsichtlich der Collectiv-Eklärung, der in das Privatleben zurückgetretenen Abgeordneten von Elsaß-Lothringen Raum geben. Daß das mir durch ein Mandat als Abgeordneter des Niederrheins, ein Mandat, dessen ich mich nicht entzückt habe, übertragene Recht, bis zur Auflösung der gegenwärtigen Nationalversammlung in derselben zu sitzen, in seinem ganzen Umfange fortbesteht, ist mir niemals zweifelhaft gewesen; aber im Interesse der mir anvertrauten Sache selbst habe ich es nicht für angemessen gehalten, seit meinem Abzuge von Bordeaux von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Ich glaube damals und ich glaube noch heute, daß ebenso wie es gerecht sein wird, daß die Interessen meiner ehemaligen Auftraggeber in jeder künftigen Nationalversammlung ernstlich vertreten wären, es ihrer Würde entspricht, sich vor der Versammlung fern zu halten, welche den traurigen Auftrag hatte, in die Abtretung zu willigen. Nachdem jetzt der Friedensvertrag ohne uns durchgeführt worden und die gegenwärtige Nationalversammlung nach dem Ausdruck ihres Präsidenten Bütten zu dem zweiten Theil ihrer Ablage, zu der Organisation der Gewalten, übergehen will, hat sich da die Pflicht der elsässischen Abgeordneten verändert und sollen sie nicht bloß platonisch sondern auch mit ihren Stimmzetteln gegen die Pläne einer Diktatur protestieren, welche auf die gescheiterten Versuche einer Wiederherstellung der Monarchie gefolgt sind? In Hinblick auf den besondern Standpunkt, welchen für die Wahl vom 8. Februar 1871 im Elsaß maßgebend war, müssen unsere Wähler allein diese Frage mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln beantworten. Was mich betrifft, der ich mich mit meinen durch die Auswanderung zerstreuten Collegen nicht benehmen kann, so will ich mein Mandat durchaus nicht im Stich lassen; aber in diesem Augenblicke muß dasselbe sich darauf bekränzen, die Mittheilungen, welche man mir unter meiner Adresse: 6, Cité Rougemont, machen möchte, zur Beförderung an die zurückgezogenen Vertreter des Niederrheins, welche denselben Rechte, wie ich, behalten haben und dieselben Pflichten, wie ich, erfüllen wollen, entgegenzunehmen. Nur eine gemeinsame Entschließung kann unterem Verhalten die Würde wahren, welche Befragten gebühr. Aber ich lebe der Hoffnung, daß die Republik, um sich gegen die ihr feindlichen Anschläge zu behaupten, nicht nötig haben wird, in ihrer Thätigkeit die Abgesandten zu stören, welche in den als Lösegeld preisgegebenen Bevölkerungen bemüht sind, die Achtung und Liebe für Frankreich wachzuhalten. Genehmigen Sie, u. s. w.

J. Melshiem, ehemaliger Abgeordneter des Niederrheins,

Abbot am Pariser Appellhof.

[Bonapartistisches.] Gestern, in jährlichen Pariser Kirchen besondere Messen gelesen; die offizielle Feier, zu welcher die bonapartistische Presse alle

Getreuen eingeladen hatte, fand um 11 Uhr in der auf dem Boulevard Malesherbes gelegenen Kirche St. Augustin statt. Die Menge war so groß, daß mehr als tausend Menschen in der großen Kirche keinen Platz finden konnten. Alle Stände waren vertreten, namentlich waren Militärs aller Grade und eine nicht unbedeutende Anzahl Arbeiter unter den Anwesenden. Eine Beilhenstrauß, bei den Männern im Knopfloch, bei den Damen im Gürtel war das Erkennungszeichen der Getreuen. Die sämmtlichen Körphäen der bonapartistischen Partei, alle Minister, Senatoren, Staatsräthe, Präfekten, Deputierte, Kammerherren und Journalisten des Kaiserreichs, alle, die einst mächtig und einflussreich waren, und die darauf harren, es wieder zu werden, alle, die einst Posten bekleideten und die jetzt von ihrem Jetze zeihen müssen, waren gekommen, um der Kaiserin Eugenie ihre Huldigung zu bezeigen. Neben Herrn Rouher, dem einstigen Vicekaiser, stand der Herzog von Gramont, geschmückter und geprägter dabei als je. Die Schulden an dem Kriege und an dem Unglück des Kaiserreiches scheint ihm nicht zu sehr zu drücken. Eine große Popularität in der Partei genießt erschließlich Herr Paul de Cassagnac, der ritterliche Kämpfer (mit der Feder und dem Degen) seiner Herrin und seines Prinzen; alle Welt drängte sich an ihn heran, um ihm die Hand zu drücken, so daß der seiste Chef-Redakteur des "Orde", Herr Dugue de la Faconnerie vor Aerd zu beritten schien. Eine große Menge Damen in eleganten Toiletten gab mir Gelegenheit zu einem interessanten Vergleich mit der orleanistischen Damewelt, die ich vor einigen Wochen bei einer ähnlichen Veranlassung gesehen hatte. Dieser Vergleich fiel entschieden zu Gunsten der bonapartistischen Damen aus; die "Alten" conservieren sich wunderbar und unter dem „Nachwuchs“ könnte ich eine ganze Menge „des personnes vraiment charmantes“ citieren. Die orleanistische Damenviel hat sich übrigens niemals in dieser Beziehung ausgezeichnet und unter den zahlreichen Prinzessinnen würde ich auch nicht Eine, welche auf Schönheit Anspruch machen könnte. — Der Prinz Napoleon glänzt durch seine Abwesenheit bei dieser Feier der heiligen Eugenie. Ich denke, es wird ihm das Niemand verübeln.

[Todesurtheil.] Das Kriegsgericht hat den Capitain Matusiewicz, Ex-Obersten im Dienste der Commune, als Deserteur zum Tode verurtheilt.

Procès Bazaine.

(Schluß der Sitzung vom 17. November.)

Auf den Journalisten Meier folgte Victor Michel Charlet, Capitän im 2. Infanterieregiment und eine höchst originelle Persönlichkeit. Er war unter dem Befehle von Oberst Leval mit dem äußersten Reconnoisirungsdienste und mit der Auswahl der Boten und Ennissäre betraut. Vier Agenten wurden durch den Beauftragten direkt von Meier ausgelendet. Der eine gelangte glücklich nach Thionville; der andere empfing eine Kugel in die Schulter und schleppte sich nach Meier zurück; ein dritter Namens Gaucher war nicht glücklicher; von dem vierten wurde nichts wieder gehört. Er thut sich auf die Genauigkeit der durch ihn erlangten Informationen etwas zu Gute und röhmt den Scharfsinn und die Kaltblütigkeit seiner Leute. Den Inhalt der durch ihn vermittelten Depeschen hat er niemals gekannt, manchmal ihre Bestimmung.

Der Regierungs-Commissar will über einen bestimmten Punkt Aufklärung haben. Einer der Ennissäre kommt von dem Führer der Ecclaireurs Arnaud-Rivière, der die Vorposten befehlte, keinen Passierschein erhalten. Bei dieser Gelegenheit soll Zeuge ausgerufen haben: Ach, das wundert mich nicht!

Der Regierungscommisar möchte wissen, was Zeuge mit diesem Ausdruck gemeint. Capitän Charlet erläutert hierauf mit echt militärischer Grauthit und Derby: Das wunderte mich in der That nicht, da ich diesen Offizier immer als einen Hanswurst und Puffstift betrachtet habe. Alles läuft bei dieser Charakterisirung hell auf und der Präsident kann sich nicht enthalten, in die allgemeine Heiterkeit einzustimmen.

Nun kommen die von ihm ausgetandten vier Ennissäre Hatzemburg, Bapst, Crozelleus und Quentem an die Reihe. Vom 18. August bis zum Ende der Einschließung haben sie zahlreiche Reconnoisirungen in den deutschen Linien unternommen und Informationen darüber nach Meier gebracht. Sie constatiren einstimmig die Leichtigkeit, mit welchen die feindlichen Linien, und darüber hinaus das Innere des Landes, erreicht werden können. Das einzige Hinderniß bestand darin, nach der Festung zurückzuziehen. Alle vier erboten sich, Depeschen mitzunehmen, aber ihre Vorschläge wurden niemals angenommen.

Jean Archambault bestätigte die Aussage d'Andre's. Er hatte bei Gravelotte eine Wunde erhalten und fand in dem Hause des Doctors Aufnahme und Pflege. Da er nach Meier zu seinem Regemente zurückzukehren wünschte, so wies ihm Andre den Weg durch die Wasserleitung von Gorze, welche auf die französischen Vorposten ausmündete. Er wurde von den Bedettten angehalten, zum General Eiffel und von da zu Bazaine gebracht, der ihn über die Ergebnisse seiner Wanderung und über die Bedeutung der feindlichen Einschließungsarbeiten befragt. Obgleich bloßer Capitän, erbot er sich doch mit 20,000 Mann die Wasserleitung zu passieren. Auch jetzt ist er noch der Ansicht, daß dieses ganz gut möglich war. Der Marschall beschränkte sich darauf, die Wasserleitung in die Luft sprengen zu lassen.

Delaunay, Sous-Lieutenant im 3. Dragoner-Regimente, kam nach Meier am 17. September über Arce-sur-Moselle. Er informierte den Marschall über die Bedeutungslösigkeit der Einschließungsarbeiten und über die Zusammenarbeit der Regierung der Nationalverteidigung.

Das Kriegsgericht hörte noch verschiedene Zeugen, die übereinstimmend aussagen, daß es in den Monaten September und October leicht war nach Meier zu kommen und die Festung wieder zu verlassen. Die Einschließungs-Armee habe nie mehr als 170,000 Mann betragen.

Bazier, Hotelbesitzer in Arce-sur-Moselle sagt aus: Während der Belagerung waren preußische Stabsoffiziere bei mir einquartiert. Am 18. October kündigte einer derselben seinen Cameraden an, daß er abreise. Ich fragt ihn, wohin er sich begebe. Nach Paris, erwiderte er. Und Meier? erwiderte ich ihm — Sie verzichten also auf die Befreiung deselben? Nein, meinte der selbe. Aber Meier bekommen wir, wann wir wollen — morgen, wenn es Prinz Friedrich Karl so beliebt. „Und die Forts?“ Ich weiß, daß Meier Forts hat — wir aber haben Bazaine.

Die letzten Worte machen einen großen Eindruck.

Die Sitzung wird um 4 Uhr aufgehoben.

Provinzial-Bericht.

Breslau, 19. November. [Tagesbericht.]

+ [Hoher Besuch.] Die gegenwärtig in Schloss Heinrichau bei Münsterberg verweilenden Prinzessinnen Elisabeth und Marie, Töchter des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach, hatten gestern einen Ausflug nach Breslau unternommen, um die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt Schlesiens kennenzulernen. Mit dem Personenzug der Strehler Eisenbahn langten dieselben in Begleitung des Hofmarschalls Baron von Zedlitz und der Frau Oberhofmeisterin Gräfin von Kalckreuth um 8 Uhr 45 Minuten auf dem Centralbahnhofe hier an, woselbst der Besitzer des Gasthofs „zum weißen Adler“ Herr Quits, bei welchem die genannten Herrschaften Quartier nahmen, seine Equipage bereit stehen hatte, in der sie nach seinem Hotel gefahren wurden. Im Laufe des Tages besichtigten die königlichen Hohesstern das Innere des Universitätsgebäudes, namentlich aber die große Aula und das zoologische Museum, das alterthümliche Rathaus mit seinem historisch dentwürdigen Flüstensaale, den Dom, die Kreuz- und Sandkirche, überall unerkannt und nur von den dort anwesenden Castellarien und Kirchendienern umhergeführt, da Niemand eine Kenntnis von der Ankunft der hohen Herrschaften hatte. Nachdem sie am Nachmittage noch einige Einkäufe gemacht, kehrten die hohen Reisenden mit dem Abends um 7 Uhr 10 Minuten abgehenden Personenzug der Strehler Eisenbahn nach Schloss Heinrichau zurück.

** [Von den neuen Vorlagen] für die Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag den 20. November, erwähnen wir folgende:

1) Antrag des Magistrats auf Bewilligung von 150 Thlr. zur Anschaffung einer fünften Dreimangel für die Waschanstalt des Arbeitshauses. — Die betr. Commission empfiehlt die Bewilligung.

2) Antrag auf Gründung dreier neuer Stellen in der Bürger-Versorgungs-Anstalt. — Die betr. Commission empfiehlt Genehmigung.

3) Antrag auf Erhöhung des Verpflegungsgeldes der Inquilinen des Hospitals für alte hilflose Dienstboten von 3 Thlr. pro Kopf und

Monat auf 3 1/3 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt Genehmigung.

4) Antrag auf Bewilligung von 530 Thlr. zur Verstärkung der Tit. III., IV., VII. und VIII. des Etats für die Verwaltung des Kinderhospitals zum heiligen Grabe pro 1873. — Wird zur Genehmigung empfohlen.

5) Antrag auf Bewilligung von 150 Thlr. zur Verstärkung des Tit. III. des Etats für die Verwaltung des Knabenhospitals in der Neustadt. — Die betr. Commission empfiehlt Genehmigung.

6) Antrag auf Bewilligung einer Unterstützung von 25 Thlr. für den am Knabenhospital in der Neustadt fungirenden Lehrer Clusius. — Wird von der betr. Commission zur Genehmigung empfohlen.

7) Antrag auf Bewilligung von 263 Thlr. zur Ausstattung der großen und der kleinen Orgel der Kirche zu St. Bernhardin und zur Anfertigung einer neuen Pedal-Claviatur an der großen Orgel. — Wird zur Genehmigung empfohlen.

8) Antrag auf Gültigkeit des Gebühren-Tarifs für die Benutzung des für den Stadtbezirk Breslau errichteten öffentlichen Schlachthauses zum Schlachten von Pferden für die Dauer des mit dem Fleischermeister Gerber geschlossenen Vertrages d. i. bis längstens ult. September 1881. — Die betr. Commission empfiehlt, den Gebühren-Tarif nur auf die Dauer von 3 Jahren zu genehmigen.

9) Magistrat schreibt:

„In Sachen betreffend die proponierte Verlegung eines Theils des Fahrmarkts-Berfehrs nach dem Christophoriplatztheile der Stadtverordneten-Versammlung im weiteren Verfolg unseres Schreibens vom 15. April 1872 wird ergebnis mit, daß durch die wiederholt ausgesprochene Weigerung des Kirchen-Collegiums zu St. Christopheri, den der gedachten Kirche gehörigen, auf dem anliegenden Situationsplane mit den Buchstaben a, b, c, d, e, f, a bezeichneten Platz für den Marktberfehr ev. mithinweise herzugeben, untere Absicht, die kleineren Buden vom Blücherplatz und die auf der Niemergasse des Ringes zur Aufstellung gelangenden Hallen und Colonaden nach dem Christophoriplatz zu verweisen, vereitelt worden ist. Ohne Hinzunahme dieses Kirchen-Terrains hat aber der städtische auf dem Plane mit dem Buchstaben b, g, h, i, c, b bezeichnete Platz allein zu kleine Dimensionen, um zweckentsprechend und mit Aussicht auf Erfolg dort einen Markt etablieren zu können. — Bei dem Umstände, daß der Stadt andere geeignete Plätze zur Abhaltung der Märkte nicht zur Disposition stehen, dürfte daher die vorliegende Angelegenheit als erledigt zu betrachten sein.“

Die Gewerbe-, Handels- und Markt-Commission empfiehlt: 1) von der Erklärung des Magistrats Kenntniß zu nehmen, 2) denselben zu erüthern, in Anbetracht der Notwendigkeit der Verlegung eines Theils des Fahrmarkts-Berfehrs, auf die Beschaffung eines Platzes, möglichst in der Nähe des inneren Stadtbezirks zur Abhaltung von Märkten Bedacht zu nehmen.

10) Etat für die Verwaltung der Kirche zu St. Barbara für das Jahr 1874. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 3575 Thlr., gegen den Vorjahr mit 770 Thlr. mehr. Der Kämmerereinzuschuß beträgt: 1905 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung des Etats.

11) Etat für die Kirchakasse zu St. Elisabet pro 1874. Der selbe schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 17,525 Thlr. (mehr 3595 Thlr.) Der Kämmerereinzuschuß beträgt: 6750 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung des Etats.

12) Etat für die Verwaltung der Kirche zu St. Salvator pro 1874—1876. Derselbe schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 2555 Thlr. (mehr 555 Thlr.) und Kämmerereinzuschuß 2060 Thlr. — Die betr. Commission empfiehlt die Genehmigung des Etats.

= = = [Auszeichnung.] In Anerkennung der Leistungen bei der freiwilligen Krankenpflege der verwundeten Krieger in den Jahren 1870/71 haben der Schiffsfeste Weigel, der Sattlermeister Soglowed, der Hausherr Danneil und der Apotheker Hauke nachträglich die Verdienst-Medaille für Nichtkombattanten erhalten.

[Graf Gößen,] der auch hier bekannte Sportsman, ist bekanntlich von einer Spazierfahrt in der Gegend des Friedrichshains in Berlin mit einer schweren Verletzung am Kopfe nach Hause zurückgekehrt. Ein Zusammenstoß mit einem Aespelkarren auf einer in der Umpflasterung begriffenen Straße, zog dem bewährten Rosselenten den Angriff eines zahlreich versammelten Pöbels zu, wobei Graf Gößen, wie der „Sport“ mittheilt, durch Steinwürfe verwundet wurde.

= = = [Von der Promenade.] In Folge der eingetretenden fallenden Witterung sind die Schwäne und Enten des Stadtgrabens, je 100 an der Zahl, in ihre Winterquartiere am oberen Bär gebracht; auch sind die Flossen sowie die Brutstätten der Schwäne bereits ans Land gezogen. Die Anlagen am Zwingerplatz sollen zum nächsten Frühjahr eine große Veränderung erfahren, indem Blumentypide in Aussicht genommen sind; die hierzu erforderlich gewesenen Vorarbeiten sind schon in diesem Jahre beendet worden.

Am 20. October erlitt auf dem Oberösterreichischen Bahnhof der daselbst beschäftigte 19 Jahr alte Wagenschreiber August Koschnicke beim Rangieren der Wagen durch die Puffer eine Berichterstattung des rechten Armes, in Folge dessen der schwer Verunglückte nach der Krankenanstalt des barmherzigen Brüderklosters geschafft werden mußte. Trotz aller angewandten ärztlichen Pflege ist der Verletzte gestern unter unmöglichen Leidern an seiner erlittenen Verwundung verstorben.

+ [Polizeiliches.] Eine ländlich gekleidete Frauensperson kam gestern Vormittag in das Haus Klosterstraße Nr. 31/32 zu einer dafelbst wohnhaften Frau eines Spinnerei-Aufsehers unter dem Vorzeichen, daß sie bei ihr Kartoffeln, Erbsen und Mehl abladen wolle, welche Gegenstände so eben deren Mann gekauft habe. Vorher hat sich dieselbe noch einen Thaler aus, welcher ihr rücksichtig geblieben sei, da der Herr Spinnerei-Aufseher nicht Geld genug bei sich gehabt habe. Die nichts Arges ahnende Frau übergab der Betreffenden den verlangten Thaler, doch ging sie zur größeren Sicherheit mit auf die Straße, um sich von dem Vorhandensein der angekauften Feldfrüchte zu überzeugen. Zufällig hielt in der That ein Landwagen vor der Thür, den die Schwäblerin als den ihrigen bezeichnete, und als die betrogene Frau nun zurück nach ihrer Wohntube ging, um Anstalten zur Aufbewahrung der erwarteten Kartoffeln zu treffen, suchte die Betrügerin mit dem ergauerten Thaler das Weite. Wie voraussehen, wußte der Mann von einem Ankauf von Kartoffeln auch nicht das Geringste. — Einem Viehhändler aus Groß-Niedlig wurde gestern von seinem auf dem Neumarkt unbeschäftigt gelassenen Wagen ein Sack geholt, in welchem sich Zucker, Kaffee und Cichorie befanden. — Verhaftet wurde der Commiss eines Buch- und Musikalienhändlers, welcher eingestandenermaßen seinem Principal seit Kurzem nach und nach die Summe von 40 Thaler aus der Ladentasse gestohlen hatte. — Einem Bahnarbeiter wurde gestern aus unverhoffter Wohnstube eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand im Werthe von 8 Thlr. gestohlen. — Ein Arbeiter, der sich gestern in einem Neubau auf der Zwingerstraße eingeschlossen und sich mit einem dort hängenden Winterüberzieher bekleidet hatte, wurde in flagranti festgenommen, als er sich mit dem gestohlenen Kleidungsstück entfernen wollte. — Auf der Polizeiwache meldete sich gestern Abend ein obdachloser Dieb, der, um nur ein Unterkommen zu finden und seinen Hunger zu stillen, das Geständnis ablegte, in der vorigen Woche in Hermsdorf 5 Stück Gänse gestohlen, und solche auf dem Neumarkt verkauft zu haben. Vorläufig erfolgte seine Verhaftung, doch wird sich erst erweisen müssen, ob auch seine Aussagen auf Wahrheit beruhen.

[Pleß, 17. November. [Der Kronprinz,] welcher am 16. Abends mittels Extrazuges in Kobier eingetroffen und von da nach Schloss Promnitz gefahren war, kam heute Morgen 8 Uhr 45 Min. mittels Separatetrains hier an, um an den vom Fürsten von Pleß veranstalteten großen Jagden Theil zu nehmen. Auf dem festlich geschmückten Bahnhofe hatten sich die Geistlichkeit aller Konfessionen, die Offiziere der Garnison, das Richtercollegium des hiesigen Kreis-Gerichts, das Lehrercollegium der Fürstenschule, der Magistrat und die Stadtverordneten, der Kreis-Schulinspector und die Vertreter anderer Behörden zu dem vom schönsten Wetter begünstigten Empfang eingefunden. Der Kriegerverein, welcher ebenfalls zum Empfange ausgerückt war, nahm längs des Perrons Aufstellung, wogegen die Schüler der Fürstenschule von der Thür des Empfangsalons ab bis zum Bahngleise Spalier bildeten, die Elementarschüler aber an der vom Bahnhof aus zur Stadt führenden Fahrstraße, auf welcher eine zierliche Ehrenpforte errichtet war, Aufstellung genommen hatten. Der Kronprinz wurde beim Aussteigen aus dem Salonwagen mit begeisterten Hochrufen begrüßt, in welches das zahlreich versammelte Publikum enthusiastisch einstimmte. Nachdem Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit an den Commandeur des Krieger-Vereins (Feldwebel Bock) und einige Vereinsmitglieder in leutseliger Weise einige Fragen gerichtet, trat derselbe zunächst an das Lehrercollegium der Fürstenschule heran, welches auf dem Perron vor den Schülern sich aufgestellt hatte und richtete an jeden der Herren einige freundliche Worte. Hierauf fand die Vorstellung der im Empfangsalon anwesenden Mitglieder der Behörden durch den Herrn Landratsamtsverweser Hauptmann Urban statt. — Demnächst erfolgte die Abfahrt durch den Park nach dem bei Weichsel und Miserau gelegenen Jagdterrain. Ein donnerndes Hoch begleitete die Abfahrt. — In der Begleitung des Kronprinzen befanden sich, außer dem Fürsten von Pleß, die beiden Herzöge von Ratibor und von Ujest und der Fürst zu Putbus u. c. — Die Stadt prangte in vollem Flaggenschmuck. Abends war große Illumination. Um 4 Uhr 45 Minuten Nachmittags kehrten die Herrschaften von der Jagd zurück und fuhren mittels Extratrains um 5 Uhr 23 Minuten wieder nach Kobier. — Morgen findet nach der um 9 Uhr 15 Minuten Vormittag erfolgenden Biederanfahrt des Kronprinzen die Vorstellung der Mitglieder des neuen Kreistages im Bahnhofsgebäude statt, worauf die hohen Herrschaften zur Jagd auch der neuen Fasanerie fahren. Mittwoch ist Jagd in den bei Emanuelssegen gelegenen Forsten und Donnerstag erfolgt die Rückreise des Kronprinzen nach Berlin.

Handel, Industrie &c.

4 Breslau, 18. November. [Von der Börse.] Die Börse eröffnete in reservirter Haltung. Speculationspapiere waren fest und in ziemlich regem Verkehr, einheimische Werthe dagegen blieben vernachlässigt. Der Schluss war auf höhere Berliner Anfangsnottirungen fest. Creditactien 127 Gd., pr. ult. 127 $\frac{1}{8}$ —67 $\frac{1}{8}$ —7 $\frac{1}{8}$ bez.; Lombarden pr. ult. 95 $\frac{3}{4}$ —96 bez.; Franzosen 188 $\frac{1}{2}$ —189 bez., nach der Notiz 189 $\frac{3}{4}$ bez. — Schles. Bankverein 107 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., pr. ult. 107 $\frac{1}{2}$ —106 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.; Breslauer Discontobank 66—66 $\frac{3}{4}$ bez.; Breslauer Wechslerbank 57 $\frac{1}{4}$ Br.; Breslauer Maklerbank 73 Gd. — Laurabütte 159—159 $\frac{1}{2}$ —159 bez., Oberschles. Eisenbahnbedarf 99 Gd.

Breslau, 18. Novbr. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rotte, fest, ordinäre 10—11 Thlr., mittle 11 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$ Thlr., feine 13—14 Thlr., hochfeine 14 $\frac{1}{2}$ —15 Thlr. pr. 50 Kilogr. — Kleesaat, weiße, neue Ware ohne Angebot, Preis nominal, ordinäre 12—14 Thlr., mittle 15—17 Thlr., feine 18—19 Thlr., hoch 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. Roggen (pr. 1000 Kilogr.) fest, gef. — Ctr., pr. November 67 $\frac{1}{2}$ —67 Thlr. bezahlt und Gd., November—December 65 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, December—Januar 65 Thlr. Br., April—Mai 63 $\frac{1}{2}$ —5 Thlr. bezahlt.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. November 88 Thlr. Br.

Gerste (pr. 1000 Kilogr.) pr. November 67 Thlr. Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gef. — Ctr., pr. November 53 $\frac{1}{4}$ Thlr. Gd., April—Mai 53 Thlr. Br.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. November 81 Thlr. Br.

Rübel (pr. 100 Kilogr.) fest, aber geschäftlos, gef. — Ctr., loco 19 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., pr. November 19 $\frac{1}{4}$ Thlr. Br., November—December 19 $\frac{1}{4}$ Thlr. Br., December—Januar 19 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Januar—Februar 19 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., April—Mai 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., September—October 22 Thlr. Br.

Spiritus (pr. 100 Liter à 100 %) wenig verändert, gef. — Ctr., loco 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. Gd., pr. November 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt, November—December 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., December—Januar 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br., Januar—Februar — Februar—März — April—Mai 20 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt und Gd., Juli—August 21 $\frac{1}{2}$ Thlr. bezahlt.

Zink 8—8 $\frac{1}{2}$ Thlr., spezielle Marken 8% Thlr. bezahlt.

Die Börsen-Commission.

□ Breslau, 18. November. [Schlesische Tuchfabrik Fer. Sig. Dr. Fr. u. Comp.] Gegenüber den in verschiedenen Blättern verbreiteten Gerüchten über die Schlesische Tuchfabrik in Grünberg geht uns von verlässlicher Seite die Mittheilung zu, daß gegründete Aussicht vorhanden ist, das an sich so gesunde und lucrative Geschäft zu erhalten. Für die Gläubiger der Tuchfabrik ist überhaupt nicht die geringste Gefahr vorhanden; ihre Befriedigung steht unter allen Verhältnissen aus den kolossal Vorräthen fertiger und halbfertiger Fabrikate außer allem Zweifel.

□ Breslau, 17. Novbr. [Breslauer Baubank.] In einer am Sonnabend abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung wurden die Herren Hugo Heimann, Salo Sadur, Józef Alexander, Moritz Cohn, Sigism. Levy, Edmund Oppenheim, Jul. Schweizer, Justizrat Körb, Baurath Lüdeke und Betriebs-Inspector Em. Dichut zu Verwaltungsräthen wiedergewählt. Herr Director Benno Mich berichtete über die Thätigkeit des Vorstandes im ersten Jahre des Bestehens der Gesellschaft.

Hannover, 17. Novbr. [Hannoversche Disconto- und Wechslerbank.] In der heutigen außerordentlichen General-Versammlung der Hannoverschen Disconto- und Wechslerbank, in welcher 150 Actionäre 1100 Stimmen vertraten, wurde der Antrag auf Liquidation der Gesellschaft mit 100 gegen 99 Stimmen abgelehnt, dagegen die Reduktion des Actienkapitals um 40 p.C. einstimmig beschlossen.

Ausweise.

Berlin, 18. Novbr. [Preußischer Bank-Ausweis vom 15. Novbr.]

Activa.

Geprägtes Geld und Barren	233,269,000 Thlr. +	102,000 Thlr.
Kassen - Anweisungen, Privat-Banknoten - Darlehns - Kassenchein	4,325,000 : +	347,000 :
Wedsel-Bestände	195,710,000 : —	858,000 :
Lombard-Bestände	26,501,000 : —	554,000 :
Staats - Papiere, discontirte Schatz-Anweisungen, verschiedene Fort- und Aktiva	4,586,000 : +	204,000 :

Banknoten im Umlauf	289,956,000 Thlr. —	1,534,000 Thlr.
Depotiten-Capitalien	29,874,000 : +	854,000 :
Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen mit Einschlus des Giro-Berfahrs	107,597,000 : —	409,000 :

[Warschau-Wiener Eisenbahn.] Einnahme pro Octbr. 1873.

Personen: Frachten: Geld-Einnahmen.

	Anzahl.	Bud.	Zusammen:
Im Monat Octbr. 1873	104,567	4,739,280	338,499 91
1872	99,836	5,010,585	306,114 61

Mithin im Jahre 1873 mehr

do

1872

1,079,026 60,329,715 3,433,533 85

do

1,002,459 47,430,951 2,911,429 00 $\frac{1}{2}$

Mithin im Jahre 1873 mehr

76,567 12,898,764 522,104 84 $\frac{1}{2}$

[Warschau-Bromberger Eisenbahn.] Einnahme pro Octbr. 1873.

Personen: Frachten: Geld-Einnahmen.

	Anzahl.	Bud.	Zusammen:
Im Monat Octbr. 1873	28,728	1,263,979	101,281 93
1872	27,128	1,267,179	95,647 15 $\frac{1}{2}$

Mithin im Jahre 1873 mehr

do

1872

+ 1,600 — 3,200 + 5,634 77 $\frac{1}{2}$

Vom 1. Jan. bis 31. Octbr. 1873

301,984 13,696,806 799,541 44 $\frac{1}{2}$

do

285,461 11,852,377 699,733 46 $\frac{1}{2}$

Mithin im Jahre 1873 mehr

16,523 1,844,429 99,807 98

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Posen, 18. November. Erzbischof Ledochowski wurde heute wegen widerrechtlicher Anstellung von Geistlichen und Weihung von Priestern, welche nicht die vom Gesetz geforderte Befähigung besitzen, zu 2000 Thaler eventuell 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

Wien, 18. November. Im Abgeordnetenhaus legte der Finanz-Minister das Budget für 1874 vor. Das Gesammtbedürfnis beträgt 387 $\frac{1}{10}$ Mill., 2 $\frac{1}{2}$ Millionen weniger als das Vorjahr. Die Gesamtbedeckung inclusive der bereits für 1871—1873 bewilligten aber nicht realisierten Veräußerung von Rententiteln und Beständen der Staats-Centralcasse beträgt 389 $\frac{9}{10}$ Millionen, wonach noch ein Überschuss von 2 $\frac{5}{10}$ Millionen für 1875 erübrig. Der Finanz-Minister constatierte, daß der Einfluß der Krisis auf die Staatseinnahmen bis Ende September nicht bemerkbar gewesen ist, daß die indirekten Abgaben bis Ende September einen Mehreingang von fast 3 Millionen gegen 1872 ergeben.

Bern, 17. November. In der heutigen Sitzung des Nationalraths wurde die Berathung über die Revision der Bundesverfassung fortgesetzt und die neu Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, daß der Bund unter Ausschluß jeglichen Bundesmonopols allein competent sein soll, gesetzliche Vorschriften über die Ausgabe und die Emission von Banknoten zu erlassen.

Paris, 18. November. „Havas“ erfährt über die Angelegenheit des Bischofs von Nancy: Der Bischof erließ einen Hirtenbrief bereits vor drei Monaten, und dürfte inzwischen zu der Einsicht gelangt sein, daß seinem Patriotismus bestimmte Reserven auferlegt seien. Bei Ausübung der Functionen, worin er berufen ist, gleichzeitig zu Differenzen auf französischem wie deutschem Gebiete zu reden, sei anzunehmen, daß der Zwischenfall ohne weitere Folgen bleibe.

Versailles, 18. November. In der Nationalversammlung teilte Saboulaye mit, die Hoffnung auf Verständigung sei geschwunden, nachdem die Minister erklärt, sie sähen in dem Commissionsentwurf nur ausschließende Vorbehalte, welche darin nicht enthalten seien. Die Commission halte entschieden ihre früheren Beschlüsse aufrecht.

Versailles, 17. November, Nachts. Das Ministerium erklärte in der Sitzung der Fün

Verein „Breslauer Presse“.

Heute Mittwoch: Zusammenkunft in Labuske's Salon.

Dem Steinauer Proteste u. schließen sich aus Hohenlohehütte an: Mayer, Nendant; Puschmann, Revisor; Brockmann, Domänenpächter; Scheller, Berg-Controleur; Schwarzer, Bergmeister; Kirchhoff, Janisch, Jahn, Strohmeier, Ties, Arndt, Steiger; Hirschmann, Kühnel, Untersteiger; Lorenz, Materialien-Verwalter; Ludwig, Tischlermeister. [2114]

Wissenschaftliche Vorträge.

Während des bevorstehenden Winters wird die schlesische Gesellschaft wieder wie früher Vorlesungen im Musiksaal der königl. Universität veranlassen, welche an 10 Sonntagen vom 23. November bis Mitte Februar k. J. von 5—6 Uhr von folgenden Herren gehalten werden: Herr Prof. und Kreis-Physikus Dr. med. Friedberg in 2 Vorträgen über die öffentliche Gesundheitspflege auf der Wiener Weltausstellung, Prof. Dr. jur. Glerke über das alte und das neue deutsche Reich vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte, Staatsarchivar Prof. Dr. phil. Grünhagen über die Genesis des preussischen Staats und ihre neuesten Entwickelungen, Geh. Ober-Bergrath und Bergauptmann Dr. von Carnall über Deutschlands Stein- und Braunkohlen-Industrie, Prof. Dr. phil.

Maria Adler, [4936]
Carl Graupe,
Verlobte.
Breslau, den 16. Novbr. 1873.

Als Verlobte empfehlen sich:
J. Gafmann,
Ottile Polak.
Zabrze. [2113] Scharley.
Scharley, den 16. Nov. 1873.

Anton von Matuszewski,
Valeska von Matuszewska,
geb. Neustadt.
Vermählte. [4930]

Julius Friedländer, [4950]
Eva Friedländer, geb. Krakauer
Vermählte.
Breslau, den 16. Novbr. 1873.

Heute Mittag 12½ Uhr wurde meine liebe Frau Elise, geb. Schade, von einem gefunden Tochterchen glücklich entbunden. [4931]

Breslau, 17. November 1873.
Dr. Franz Promnitz.

Heute starb nach kurzem Krankenlager unser innigst geliebster Bruder, der Dr. jur. Otto Gordan,
Chef des Hauses Friedrich Friedenthal. [4956]
Um stille Theilnahme bitten
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Breslau, 16. Novbr. 1873.

Todes-Anzeige.
Heute Morgen 12½ Uhr verschied nach längerem schweren Leiden, wohlversehen mit den Gnadenmitteln unserer heil. Kirche, unser herzensguter heiligster Gatte, Vater, Sohn und Bruder, der Buchhalter Hermann Knoff, im Alter von 38½ Jahren. Mit der Bitte um ein frommes Momento zeigen dies den vielen Freunden und Bekannten des Entschlafenen statt jeder besonderen Meldung hierdurch an. [4951]
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Breslau, den 18. Novbr. 1873.

Beerdigung: den 20. Novbr. 1873, Mittags 2 Uhr auf dem neuen St. Adalbert-Kirchhof.
Trauerhaus: Ring 32.

Nach längerem Leiden entschließt heute mein Buchhalter [7604]
Herr Hermann Knoff.

Während seiner 24-jährigen Thätigkeit in meinem Hause hat sich derselbe durch Treue, Unabhängigkeit, aufopfernde Pflichterfüllung und viele andere ausgezeichnete Eigenschaften bei mir und den Meinigen ein unauslöschliches Andenken gesichert.
Breslau, 18. Novbr. 1873.
Moritz Sachs.

Heute früh 12½ Uhr entschlief nach längerem Leiden unser langjähriger Freund und College, Herr Buchhalter Hermann Knoff.

Sein biederer Charakter sichert ihm bei uns allen ein bleibendes Andenken. [4952]

Breslau, den 18. Novbr. 1873.

Das Personal
des Hauses Moritz Sachs.

Heut in der ersten Morgenstunde entschließt sanft nach längerem Leiden unsere thure, unvergleichliche Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die verw. Frau Anna Stanke, geb. Jäger, in ihrem 63. Lebensjahr. [4940]

Statt jeder besonderen Meldung zeigen dies allen lieben Verwandten und Freunden hierdurch schmerz- erfüllt an die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Freiburg, Hausdorf, Oppeln und Zabrze, den 18. Novbr. 1873.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Nov., Nachmittag 4 Uhr statt.

Den nach längeren Leiden heute früh 11¼ Uhr erfolgten Tod unserer geliebten Gattin und Mutter, der Frau Ernestine Nipelt, geb. Konflik, zeigen allen Verwandten und Freunden ergeben an. [7590]

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Ratibor, den 16. Nov. 1873.

Gestern, Nachts 2 Uhr, starb nach mehrjährigen Leiden im Alter von 37 Jahren unser geliebter Gatte und Vater der Hotelbesitzer Wilhelm Leditska. Dies zeigt allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stillen Theilnahme tiefbetrübt an. [2096]

Auguste Leditska [2096]
als Gattin i. R. d. Hinterbliebenen.
Kempen, 16. Novbr. 1873.

Todes-Anzeige.
Heut Morgen starb nach längeren Leiden unser guter Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, der Bürgermeister a. D. Daniel Gossa in dem ehrenvollen Alter von 88½ Jahren. [4932]

Dies zeigen tiefbetrübt an die Hinterbliebenen.
Festenberg, den 16. Novbr. 1873.

Todes-Anzeige.
Gestern früh um 2 Uhr verschied nach kurzen aber schweren Leiden meine innig geliebte Frau Marie, geborene Cefal. [2117]

Wer die aufopfernde Liebe und Treue kannte, die sie mir während einer 13monatlichen, sehr glücklichen Ehe bewies, wird meinen unermesslichen Schmerz zu beurtheilen und zu würdigen wissen. Sie entschlief 8 Tage darauf, nachdem sie einem jungen Wesen das Leben gegeben hatte.
Bernard Klamka.
Ratibor, den 17. Novbr. 1873.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Pr. Lt. im 2. Bomm. Ulanen-Rgt. Nr. 9 Herr v. Krause in Demmin mit Fräulein Hedwig v. Heyden in Ploetz. Herr Pastor Giese in Dömitz mit Fräulein Anna Vogel Quadenburg.

Verbündet: Lieut. im 3. Hess. Inf.-Rgt. Nr. 83 Herr Korn in Cassel mit Fräulein Gustinka Draeger in Berlin. Herr Prediger Schmidt in Cottbus mit Fräulein Louise Fürs in Güstrow. Herr Real-Schullehrer Bante mit Fräulein Selma Ansprach in Reichenbach.

Geburten: Ein Sohn: dem Lieut. Herr Holzendorff in Berlin, dem Major im 5. Westf. Inf.-Rgt. Nr. 53 Hrn. Frhr. v. d. Goltz in Paderborn, dem Herrn Dr. jur. Weymann in Bremervörde. — Eine Tochter: dem Königl. Landrat Hrn. v. Salder in Lauban, dem Majoratsherrn i. R. A. D. Hrn. v. Schwedtner-Pomeiske auf Groß-Pomeiske.

Todesfälle: Frau Oberlehrer Matz in Mühlheim a. d. R. Dr. Constatioralrath, Prof. d. Theol. Dr. Krabbe in Rostock.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 19. Nov. Zum 7. Male: „Athenbrödel“, oder: „Der gläserne Pantoffel.“ Zauber-Märchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von C. A. Görner. Musik von Kapellmeister G. Stiegemann. Donnerstag, den 20. Nov. „Lucrezia Borgia.“ Große Oper in 3 Acten. Musik von Donizetti. Hierauf: „Urlaub nach dem Kapfenreich.“ Komische Operette in 1 Act. Musik von F. Offenbach.

Thalia-Theater.
Donnerstag, den 20. Novbr. Zum 8. Male und

Zum Benefiz für den Verfasser

„Doktor Knusprich.“ Lokales Charakter-Bild mit Gesang in 3 Acten und 5 Bildern von R. Hahn. Musik von Carl Götz. (Mit neuen Complet- Versionen und neuen Ballettpiecen.)

Lobe-Theater. [7600]
Mittwoch, den 19. Nov. 9. Gastspiel der Frau Marie Seebach. Zum 1. Male: „Maria Magdalena.“ Trauerspiel in 3 Acten von Friedrich Hebbel. (Alara, Frau Marie Seebach.)

Donnerstag, den 20. Nov. „Epidemisch“ oder: „Alles geht zur Börse.“ „Die Meistersinger“, oder: „Das Judenthum in der Musik.“

Verein ▲. Mittwoch 19. XI.
7. Conf. ▲ I.

Verein ▲. 21. XI. 6½. R. u.
T. ▲ I.

Für Kinderkrankheiten [4605]
Dr. Berliner, Bahnhofstr. 26.

R. Förster über die Kunst im alten Rom, praktischer Arzt Dr. med. Heller über das Herz, Privatdozent Dr. med. Scheidlen über den ersten Ursprung organischer Wesen, Prof. Dr. phil. Erdmannsdörffer über ein Thema aus der neuen Geschichte und Prof. Dr. phil. Brentano über die englische Chartistenbewegung.

Eintrittskarten zu 1 Thlr. für sämtliche 10 Vorträge sind in den Buchhandlungen von Max & Comp., Ring Nr. 6, und G. P. Aderholz, Ring- und Stockgassenecke, auch Abends an der Kasse, sowie bei unserem Kastellan Reisler zu erhalten, welcher selbe auch den wirklichen Mitgliedern unserer Gesellschaft übergeben wird.

Breslau, den 15. November 1873.

[7463]
Das Präsidium der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.
Goeppert. von Goertz. von Uechtritz. Kutzen. Franck.

Deutsche Lotterie.

Dass dieziehung der Deutschen Lotterie am 15. December dieses Jahres in Berlin beginnen wird, verkünden jetzt alle öffentlichen Blätter. Die Eröffnung der Ausstellung (Unter den Linden 21) ist zum 19. November, dem Namenstag Ihrer Majestät der Königin Elisabeth von Preußen, geb. Herzogin von Bayern, festgesetzt. — Der Liedsaal ist in gedenkem Silber,

4000 Thlr. an Werth (der Hauptgewinn der Lotterie) — geschmückt mit den Emblemen des Kaiserthums und des glorreich wiedergebrachten Deutschlands, war 14 Tage im Leipziger Museum und Dresdener Gewandhaus ausgestellt und hat die allgemeine Anerkennung und Bewunderung erhalten. Von fürstlichen Geschenken sind seit letzter Mitteilung aufs Neue eingegangen: von Ihrer Majestät der Königin Marie von Bayern ein vollständiger Bernsteinschmuck von großer Schönheit, von Ihrer Majestät der Königin Wittwe von Griechenland ein Porzellan-Bild (die Madonna della Sedia), von Prinzessin Alexandra von Bayern k. h. 6 Bände Höchsteigener, nur wohlthätigen Zwecken gewidmeten Schriften. Von Privatgeschenken: Das Bild der Königin Louise von Preußen in erster Jugendblüthe, Kopie nach Tischbein, dann ein großer Teppich, gearbeitet von 20 Frauen des Vorstandes der Deutschen Lotterie, ferner ein großer Teppich, gearbeitet von 20 patriotischen Frauen Dresdens, eine Stickerei in Tapiserie von Frau Gräfin Hoffmannsegg in Dresden, von Graf Hoffmannsegg 2 Leuchter in Bronze, ein Tisch in grauem Marmor und andere wertvolle Gegenstände, von Frau v. Mantlich-Lehmann. Ein Marmortisch mit Malerei Varzin Besitzthum des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, geschenkt von Tel. Elsiede v. Mühlensfeld. Ferner Geschenke, um deren Einsendung dringend gebeten wird, werden im Ausstellungs-Local (Unter den Linden 21) in den Morgenstunden zwischen 11—2 Uhr empfangen. Lose sind beim Banquier Eichhorn, Schöneberger Straße 6, wie bei allen Collecteuren und Agenten Berlins, wie den übrigen deutschen Staaten zu beziehen; auf 10 Lose wird ein Freilos gegeben. [7593]

Die jetzt in der Modewarenhandlung

Adolf Sachs

zum „billigen Verkauf“ gestellten

Seidenwaren, wollenen Kleiderstoffe, Meubelbezüge, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Châles, Weißwaren, Ballkleiderstoffe u. c. — bieten eine reiche Ausbente zu passenden und preiswerthen Weihnachtsgeschenken.

Zu einfacheren Gestaben empfehle ich wie immer, bei großer Auswahl, selbst zum niedrigsten Preise, nur Gegenstände von empfehlenswerther Qualität und dürfen beispielweise:

- 1) 65 Cm. br. halbw. gestr. u. satinirte Stoffe, (regular 10 und 12 Sgr.) à 7½ und 9 Sgr. pro Meter.
- 2) 65 Cm. br. englische dunkelfarbige Rippe, (regular 16 Sgr.) à 11 Sgr. pro Meter.
- 3) 70 Cm. br. saffonierte wollene Modestoffe, (Saffon-Preis 20 Sgr.) à 14 Sgr. pro Meter.
- 4) 75 Cm. br. schwerste wollene Rayé-long, in allen modernen Farben (Werth 22½ Sgr.) à 16 Sgr. pro Meter.

für Weihnachtzwecke sehr verwendbar und vollkommen sein.

Auswahlsendungen und Proben bereitwillig.

Adolf Sachs,

Hoflieferant Sr. K. K. Hoheit des Kronprinzen.

Breslau, Ohlauerstraße Nr. 5 und 6 „zur Hoffnung“. [7592]

Heut ist mir auf dem Wege von Nieder-Heiduk bis Süd-Lagiewnik ein Prima-Wechsel in Höhe von 94 Thlr. acceptirt von G. Frankel, girt K. Leszcziner, abhanden gekommen. Den ehrlichen Finder ersuche ich um Rückgabe. Gleichzeitig warne ich vor Aufzug und erlässt selbiges für ungültig, eventuell ich für keine Zahlung aufzunehmen. [2116]

Königsstüte, 17. Novbr. 1873.

F. Leszcziner.

10 Thaler Belohnung dem, welcher einem unverheiratheten, gut empfohlenen Bureau-Arbeiter Stellung verschafft. 25 Thlr. Gehalt werden gewünscht. [7587]

Auskunft unter Z. R. 326 durch die Annonsen-Expedition von Haasestein u. Vogler in Leipzig.

E. Morgenstern,
Breslau, Ohlauerstr. 15.
Leihbibliothek
für
deutsche, französische
und
englische Literatur.

Lessons de français,

d'anglais et d'espagnol.

Dr. phil. H. Carliczek,
Carlsstraße 28,
Vorderhaus.

Die allgemeine Klage der Damen

wegen Unzufriedenheit der jegigen

schwarzen Seidenstoffe

hat mich veranlaßt, ein Fabrikat ausfindig zu machen, welches allen Anforderungen an Solidität und Eleganz vollständig entspricht. [4928]

Dieses sich besonders gut tragende Fabrikat empfiehlt den Meter schon mit 1 Thlr. 5 Sgr. an.

Wollene Kleiderstoffe

in großer Auswahl zu sehr soliden Preisen.

Ottomar Fiebag,

44 Ring 44,
Neben der Naschmarkt-Apotheke. ■■■

Deutsche A.-G. für Bergbau-, Eisen- und Stahl-Industrie.

Die Direction veröffentlicht zu bekanntem Zweck einen Productions-Ausweis. Gleichzeitig beginnt die allen Schwindel bekämpfende Börsen-Zeitung „Berliner Actionär“ eine Serie kritischer Artikel über das Unternehmen, die nach dem ersten in Nr. 92 zu urtheilen, an Klarheit und Schärfe den bisherigen gediegenen Leistungen des Blattes ebenbürtig sein werden. Auf welcher Seite der Erfolg sein wird, ist kaum zweifelhaft. [2123]

Oberschlesische Eisenbahn.

Es sollen die Erd- und Planirungsarbeiten von Station 98+52 bis Station 137+37 der Bahnstrecke Leobschütz-Neustadt in öffentlicher Submission zur Ausführung verordnet werden.
Die Submissionsbedingungen, Maßenberechnungen, Pläne und Profile liegen in unserem Centralbureau, Abtheilung III., hier selbst, Teichstraße Nr. 18, und in dem Abtheilung-Bureau zu Leobschütz zur Einsicht aus, von wo dieselben auch gegen Erstattung der Kopien bezogen werden können.

Offerten sind veriegelt und portofrei mit der Aufschrift:

"Submission auf Ausführung von Erd- und Planirungsarbeiten zur Bahnstrecke Leobschütz-Neustadt"

bis zu dem auf Montag den 1. December d. J., Vormittags 11 Uhr, in dem oben bezeichneten Central-Bureau anberaumten Submissions-Termin an uns einzureichen, wo die Eröffnung derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Breslau, den 10. November 1873. [7403]

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Oberschlesische Eisenbahn.
Am 1. November c. ist zum Mitteldeutsch-Schlesischen Verband-Tarif vom 1. Juni 1872 ein Nachtrag IV. mit directen Tariffächen für Station Borsigwerf in Kraft getreten.

Druckeremplare sind auf den Verbandsstationen, sowie bei der hiesigen Stations-Kasse unentgeltlich zu haben. [7607]

Breslau, den 15. November 1873. [7403]

Königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Vom 1. November c. ab ist zu dem seit 1. Juli 1872 bestehenden gemeinschaftlichen Tarife der diesseitigen und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnen für den Transport Niederschlesischer Steinkohlen, Koks, Steinbruchsteine und Kohle sowie Briquettes des Nachtrags I. ertheilt, welcher die Annahme der Stationen Schöningen und Helmstedt der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn in den Verband enthält.

Druckeremplare dieses Tarif-Nachtrages sind bei den diesseitigen Stationen Waldenburg und Altwasser zum Preise von 1 Sgr. pro Stück fälschlich zu haben.

Breslau den 12. November 1873. [7403]

Directorium.

Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre der Schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft werden zu einer

Mittwoch, den 10. December d. J.,

Nachmittags 3 Uhr,

in unserem Gesellschafts-Gebäude, Königplatz Nr. 6, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

hierdurch ergebenst eingeladen.

Zur Verhandlung und Beschlussfassung kommt: Antrag der Gesellschafts-Vorstände auf Änderung des Gesellschafts-Statuts in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetzbuches. Feststellung resp. Genehmigung der neuen Redaction des Statuts, welche im Entwurf vorliegt.

Die Legitimation der Erhebenden wird nach dem Actienbuch geprüft (§ 9 des Statuts). Abwesende können sich durch andere Actionäre auf Grund schriftlicher, notariell beglaubigter Vollmacht, vertreten lassen (§ 28 des Statuts). [7381]

Breslau, am 10. November 1873.

Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Direction.

Breslauer Handlungsdienner-Institut.

Mittwoch den 19. November a. c. Abends 8½ Uhr, im Saale des Vereinshauses (Neue Gasse Nr. 8):

Debatten-Abend.

Der Vorstand.

Institut für hilfsbedürftige Handlungsdienner.

(Gegründet 1774.)

Unter Bezugnahme auf unser Interat vom 12. d. M. bemerken wir hiermit, daß Bewerbungen um den Inspector-Posten nur noch bis

Sonnabend den 22. d. M.

entgegengenommen werden. [7591] Der Vorstand.

Hypothekarische Darlehne

auf Dominien und Rustical-Besitzungen in jeder Höhe, jedoch nicht unter 10.000 Thlr. gewährt die Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Concordia“ in Cöln. [5758]

Desfallsige Anträge sind an die Unterzeichneten zu richten.

Ditges & Schaefer,

General-Agenten der Concordia.

Bureau am Rathause (Riemerzeile) Nr. 15, Breslau.

Heinrich Lesser,

Antiquariat und Buchhandlung,
Breslau, Elisabethstrasse 1.

Soeben erschien und steht auf Verlangen gratis und franco zu Diensten. [7512]

4. Verzeichniss des antiquarischen Bücherganges:
Europäische Literatur und Literaturgeschichte.
Bibliographie.

Aus der Bibliothek des Königlichen Geheim-Secretairs Bastide.
957 Nummern.

Korte & Co., Teppich-Fabrik in Hersford,

Breslau, Ring 45 (Marktseite), 1. Etage, empfehlen ihr reich sortirtes Lager in Teppichen, Teppichzeugen, Läufer, Reise- u. Tischdecken, Coopsmatten, wollene Schläf- u. Pferdedecken zu billigen, aber festen Preisen.

Elegante Damen-Paletots von 3½, Jaquets von 1½, Jacken von 1½ Thlr. an,

Kleiderstoffe die Robe schon von 1½ Thlr. ab, elegante Unterröcke von 1½ Thlr. an, sowie moderne Shawls und Tücher, Tischdecken und diverse andere Artikel zu besonders billigen Preisen, empfiehlt [4941]

E. Grünthal,

Bitte jedoch genau auf Firma und Nummer achten zu wollen.

Nr. 3, Albrechtsstraße Nr. 3, im ersten Viertel vom Ringe.

Oderschlösschen.

Heute Mittwoch: [4947]

Wurstabendbrot.

Kölner Dombau-Lotterie.

Hauptgewinn Thlr. 25.000.
Kleinster Gewinn Thlr. 20.

Orig.-Loose à 1 Thlr.
verkaufen und versendet

J. Juliusburger, Breslau,
Rott.-Compt., Noßmarkt 9, 1. Et.

Gegen Beifügung von 2½ Sgr.
sende 14 Tage nach beendetem
Ziehung aml. Gewinnliste fro.

Preußische Lotterie - Losse kaufen
zur 1. Klasse 149. Preuß. Lotterie je
den Posten mit hoher Advance und
bittet um Offerten unter Zusicherung
strengster Discretion. C. Sahn, in
Berlin, Kommandantenstr. 30. [1885]

Verlag v. B. F. Voigt in Weimar.

Riemer, Sattler R und Taschner.

Eine Auswahl von 88 Schnitt-
mustern in natürlicher Größe,
nebst den Totalansichten der
in den Patronen gegebenen
Gegenstände

und einem erklärenden Texte.
Herausgegeben von Louis Neineck,
Riemer- und Sattlermeister in
Weimar.

Gr. 4. Geh. 1 Thlr.
Vorrätig in der Hirschen-
Buchhandlung (M. Mälzer)
Ring 4 in Breslau. [7586]

Der Doctor-Titel

wird gebildeten und gut situierten
Personen discret vermittelt. Adr.
schr. Dr. B. befördert die Annonce-
Exped. von H. Albrecht, Berlin (W.),
Friedrichstr. 74. [6807]

Der [7583]

Jugendschriften- und Bilderbücher-

Verlag von Albert Wagner, Berlin,
Kleine-Frankfurterstr. 15,

offerirt Sortimente schönster neuester
Bücher, für jedes Alter passend, zu
3 Thlr., 4 Thlr., 5, 6—20 gegen Ein-
sendung des Betrages mit baar Rabatt.

[7582]

Heiraths-Gesuch.

Ein junger ehrenhafter Mann, von
höherer Bildung, welchen Stand, un-
abhängige Criften in größerem Orte,
gewünschte gesellschaftliche Stellung und
eigenes Vermögen zu höheren An-
sprüchen berechtigen, wünscht, behufs
seiner Verheirathung, eine durch per-
sönliche Eigenschaften und Reize aus-
gezeichnete junge Dame aus achtbarer
und begüterter (jüdischen) Familie
kennen zu lernen. [7594]

Geneigte Antrüppungen nebst Photo-
graphien, welche auf Wunsch jogleich
zurückgelassen, werden unter Zusicherung
ehrenhafter Discretion, durch

die Annonce-Expedition von Au-
dolf Moß in Breslau, Schweid-
nitzerstraße 31, sub Z. 4350 erbeten.

[5583]

Spiegelglas-Fabrik

von Adolph Königsberg

in Berlin, Alexanderstr. 30.

Die Eisenwaaren-Fabrik

Ernst Prausnitzer & Co., Liegnitz.
liefern billigst geschmiedete Putz-

Gardinen, Rouleaux- und Spiegel-

haken, Thüränder, Aexte, Hämmer,

Hacken u. dgl. m.

[7596]

Eine Hypothek

Ein Kaufmann (Wittwer mit 2 schulpflichtigen Kindern) sucht eine seinem

Stand u. seiner Bildung entsprechende

Lebensgefährerin mit einem disponiblen

Vermögen von 10—12.000 Thlr.

Das Capital kann sicher gestellt werden.

Der Suchende, dessen Vermögen nach-

wieblich ein tadelloser ist, macht vor

Allem Anspruch auf Gemüth und so-

mit auf ein Herz für seine Kinder.

Dagegen sichert er sein ganzes Sein

für den künftigen Ehe- und Familien-

leben zu. [4938]

Alleinstehende Damen im Alter von

35—45 Jahren, evang. Confession,

die bereit sind, einem rechtmässigen

Manne die Hand zu reichen, werden

erachtet, sich vertrauensvoll unter der

Chiffre G. M. 100 poste restante

Breslau zu melden. Discretion ist

selbstredend Ehrensache. [4938]

Ein am hiesigen Platze ge-
legenes Colonialwaaren- oder Ci-

garren-Geschäft wird zu kaufen ge-
sucht. [4945]

Offerten unter Nr. 27 in den Brief-

der Breslauer Zeitung.

Eingesandt.

Die in Nr. 536 der Breslauer Zeitung veröffentlichte Mit-

theilung über die

Oberschlesische Bank

für Handel und Industrie

ist in keiner Weise geeignet, die Besorgnisse der

Actionnaire

dieser Bank zu zerstreuen.

Dass der Aufsichtsrath, wahrscheinlich in Folge besonderer Ver-
anlassung, die Lage der Bank einer sorgfältigen und eingehenden
Prüfung unterworfen hat, ist gewiss erfreulich zu vernehmen; es wäre
indeß wünschenswerth gewesen, wenn die Resultate dieser Prüfung
nicht bloß oberflächlich, sondern detaillirt, mit den Beschlüssen des Auf-
sichtsrathes der Deffentlichkeit übergeben worden wären. Der angezogene,
kaum nennenswerthe Bestand **eigener Effecten** kann die
Actionnaire nicht beruhigen, ebensowenig, daß die Direction Vorsorge
getroffen, durch Aufführung eines guten Wechselportefeuilles auch bei
kritischen Zeiten ihren Verpflichtungen nachzukommen. Welches sind
diese Verpflichtungen? [2125]

4—5000 Thaler

werden zur ersten Stelle auf ein hiesiges Grundstück gesucht. Offerten
unter Chiffre E 18 in den Briefstücken der Bresl. Zeitung erbeten. [4910]

Ein größeres Com-

missionshaus in Königs-

berg i. Ost. wünscht

mit leistungsfähigen Ge-
treide-Händlern und

Mühlen behufs Ver-
kaufes von russischem

und ostpreußischem Ge-
treide und D

Concurs-Gröfning.

I. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Bronislaw Rankowicz hier, Ohlauerstraße Nr. 48, ist heute Vormittags 11 Uhr der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 12. November 1873 festgesetzt worden.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Concurs-Gröfning. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Georg Beer hier, Ohlauerstraße Nr. 19, bestellt.

II. Die Gläubiger des Gemein- chuldners werden aufgefordert, in dem auf den 28. November 1873, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Richter Dr. George im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadt Gerichts-Gebäudes anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

III. Allen, welche von dem Gemein- schuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 10. December 1873 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendin zur Concursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit den- selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemein- chuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

IV. Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurs- Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum 20. December 1873 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendin zur Concursmasse abzu-

liefern.

Pfandinhaber und andere mit den- selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemein- chuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurs- Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte auf den 14. Januar 1874, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Richter Dr. George im Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt Gerichts-Gebäudes zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Annmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bedolmächtigen bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden der Justiz-Rath Winkler und die Rechts-Anwälte Niederstetter, Petiscus und Jenker zu Sachwaltern vorge- schlagen.

Breslau, den 18. November 1873. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [2065]

Heute ist 1. in unser Firmenregister und zwar:

a) bei der dafelbst unter Nr. 79 eingetragenen Firma Hermann Reiners hier selbst der Verner.

Der Kaufmann Carl Reiners zu Ratibor ist in das Handels- geschäft des Kaufmanns Hermann Reiners als Handels- gesellschafter eingetreten und die nummer unter der Firma Herm Reiners u. Sohn bestehende Handelsgesellschaft unter Nr. 49 des Gesellschafts-Registers ein- getragen; und

b) das Geschäft der dafelbst unter Nr. 335 eingetragenen Firma Carl Reiners hier selbst, und

2. in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 49 eine Handelsgesellschaft unter der Firma Herm. Reiners u. Sohn hier selbst und unter nachstehenden Rechtsbezeichnungen:

Die Gesellschafter sind:

1. der Cigarettenfabrikant Hermann Reiners zu Ratibor; 2. der Kaufmann Carl Reiners dafelbst.

Die Gesellschaft hat am 15. September begonnen.

Ratibor, den 7. Novbr. 1873. Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheil.

Bekanntmachung. [2054]

In unser Gesellschafts-Register ist die Auflösung der dafelbst sub Nr. 34 eingetragenen Handelsgesellschaft unter der Firma "Landwirtschaftlicher Bank-Verein Dr. Wicha u. Co." hier selbst heut eingetragen worden.

Ratibor, den 5. Novbr. 1873.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheil.

Bekanntmachung. [2055]

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 356 die Firma Joseph Fraenel hier selbst und als deren Inhaber der hiesige Agent und Commissiar Joseph Fraenel heut eingetragen worden.

Ratibor, den 4. Novbr. 1873.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheil.

Bekanntmachung. [2056]

In unser Firmen-Register ist unter Nr. 356 die Firma Joseph Fraenel hier selbst und als deren Inhaber der hiesige Agent und Commissiar Joseph Fraenel heut eingetragen worden.

Ratibor, den 4. Novbr. 1873.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheil.

Bekanntmachung. [2057]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Bronislaw Rankowicz hier,

Ohlauerstraße Nr. 48, ist heute Vormittags 11 Uhr der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 12. November 1873 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Georg Beer hier, Ohlauerstraße Nr. 19, bestellt.

II. Die Gläubiger des Gemein- chuldners werden aufgefordert, in dem auf den 28. November 1873, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Richter Dr. George im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadt Gerichts-Gebäudes anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

III. Allen, welche von dem Gemein- schuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 10. December 1873 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendin zur Concursmasse abzu-

liefern.

Pfandinhaber und andere mit den- selben gleichberechtigte Gläubiger des Gemein- chuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurs- Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte auf den 1. December 1873 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendin zur Concursmasse abzu-

liefern.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurs- Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte auf den 14. Januar 1874, Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Stadt-Richter Dr. George im Zimmer Nr. 47 im 2. Stock des Stadt Gerichts-Gebäudes zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Annmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bedolmächtigen bestellen und zu den Alten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden der Justiz-Rath Winkler und die Rechts-Anwälte Niederstetter, Petiscus und Jenker zu Sachwaltern vorge- schlagen.

Breslau, den 18. November 1873. Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [2066]

1. in unser Firmenregister und zwar:

a) bei der dafelbst unter Nr. 79 eingetragenen Firma Hermann Reiners hier selbst der Verner.

Der Kaufmann Carl Reiners zu Ratibor ist in das Handels- geschäft des Kaufmanns Hermann Reiners als Handels- gesellschafter eingetreten und die nummer unter der Firma Herm Reiners u. Sohn bestehende Handelsgesellschaft unter Nr. 49 des Gesellschafts-Registers ein- getragen; und

b) das Geschäft der dafelbst unter Nr. 335 eingetragenen Firma Carl Reiners hier selbst, und

2. in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 49 eine Handelsgesellschaft unter der Firma Herm. Reiners u. Sohn hier selbst und unter nachstehenden Rechtsbezeichnungen:

Die Gesellschafter sind:

1. der Cigarettenfabrikant Hermann Reiners zu Ratibor; 2. der Kaufmann Carl Reiners dafelbst.

Die Gesellschaft hat am 15. September begonnen.

Ratibor, den 7. Novbr. 1873.

Königl. Kreis-Gericht. 1. Abtheil.

Bekanntmachung. [2067]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2068]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2069]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2070]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2071]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2072]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2073]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2074]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2075]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2076]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2077]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2078]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2079]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2080]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekanntmachung. [2081]

Der Concurs über das Vermögen des Kaufmanns und Fabrikanten Carl August Schmidt, in Firma C. A. Schmidt, in Wittenbergsdorf ist durch Schlussvertheilung der Masse beendet.

Waldenburg, den 8. Nov. 1873. Königl. Kreis-Gericht. Abtheil. I.

Bekannt

